

**Einwohnerratssitzung 2015/2016
Protokoll Nr. 8**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 19. Mai 2016**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:10 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Gemeindekanzlei	
Direktwahl	041 329 63 09	19. Mai 2016

Anwesend	Präsident	Thomas Lammer
	Einwohnerrat	34 Mitglieder Nicole Nyfeler (bis 16:00 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Rea Eggenberger
Entschuldigt		Paul Trüb

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 403 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 5</u> vom 21. Januar 2016
<u>Protokoll Nr. 6</u> vom 3. März 2016 | | Seite 404 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 404 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Jahresrechnung 2015 | Nr. 230/16 | Seite 410 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Erlass neues Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, 2. Lesung | Nr. 226/16 | Seite 422 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bauabrechnung Werterhaltung Schulanlagen 2. & 3. Etappe: Roggern 1+2, Krauer & Feldmühle | Nr. 229/16 | Seite 427 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Graber:</u> Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde | Nr. 176/15 | Seite 430 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Kaufmann:</u> Betreuungsangebot an den Wochenenden für Kinder deren Eltern am Wochenende erwerbstätig sind | Nr. 178/15 | Seite 433 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Zosso:</u> „Fachgremium“ der Gemeinde Kriens | Nr. 205/15 | Seite 436 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Begünstigung Mobimo – zu Lasten der Gemeinde Kriens | Nr. 212/15 | Seite 439 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Manoharan:</u> Mietzinsentwicklung in der Gemeinde Kriens | Nr. 216/15 | Seite 441 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Portmann:</u> Ist der IS-Terror in Kriens angekommen? | Nr. 217/15 | Seite 442 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Schulraumprovisorien – so geht es nicht | Nr. 228/16 | Seite 444 |
| 14. | <u>Bericht Postulat Berger:</u> Businessplan für das Parkbad Kriens | Nr. 182/15 | Seite 448 |
| 15. | <u>Bericht Postulat Kaufmann:</u> Sponsoring Partner für das Schappe Süd zum Zweiten | Nr. 184/15 | Seite 451 |
| 16. | <u>Bericht Postulat Takacs:</u> Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 191/15 | Seite 453 |

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 17. | <u>Beantwortung Interpellation Portmann:</u>
Eingeschleppte Krankheiten durch Asylbewerber und
Flüchtlinge
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 201/15 | Seite 454 |
| 18. | <u>Beantwortung Interpellation Kaufmann:</u>
Gemeinderisiken im Griff
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 221/15 | Seite 454 |
| 19. | <u>Motion Piras:</u> Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht
politisch mitreden
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 233/16 | Seite 454 |
| 20. | <u>Postulat Spörri:</u> Quartierstrukturen stärken
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 234/16 | Seite 454 |
| 21. | <u>Verabschiedung</u>
- Katja Staub (SVP) | | Seite 454 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 235/16 | Interpellation Portmann: Sparpotential beim Innenausbau und der Nutzung des neuen Gemeindehauses
<i>Eingang: 21.04.2016</i> |
| Nr. 236/16 | Dringliche Interpellation Ercolani: Gesetzeswidrig aufgestellte Wahlplakate
<i>Eingang: 25.04.2016</i> |
| Nr. 232/16 | Beantwortung Interpellation Tanner: Konsolidierungsprogramm des Kantons zu Lasten der Gemeinden |
| Nr. 227/16 | Beantwortung Interpellation Kobi: Wochenaufenthalter in Kriens |
| Nr. 201/15 | Beantwortung Interpellation Portmann: Eingeschleppte Krankheiten durch Asylbewerber und Flüchtlinge |
| Nr. 237/16 | Postulat Staub: Öffentliche Ausschreibung und minimierte Restfinanzierung bei den hauswirtschaftlichen (nicht-KLV-pflichtigen) Leistungen der Spitex
<i>Eingang: 06.05.2016</i> |
| Nr. 238/16 | Postulat B. Bienz: Ideenwettbewerb für die Neunutzung des Güterschuppens
<i>Eingang: 17.05.2016</i> |

Thomas Lammer begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Besonders begrüessen möchte er die Krienser Nationalrätin Yvette Estermann auf der Zuschauertribüne. Später wird eventual noch Tobias Käch, Einwohnerratspräsident von Emmen als Zuschauer vorbeischauen. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Glaus. Paul Trüb hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt und Nicole Nyfeler geht um 16:00 Uhr.

Die Pause ist von 15:45 Uhr bis 16:05 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Thomas Lammer keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Am Schluss der Sitzung ist jedoch noch eine Verabschiedung nötig. Katja Staub ist heute das letzte Mal an einer Einwohnerratssitzung in Kriens dabei, weil sie Anfang Juni ihren Wohnort wechseln wird.

Am 25. April 2016 hat Enrico Ercolani die dringliche **Interpellation: Gesetzeswidrig aufgestellte Wahlplakate (Nr. 236/2016)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Enrico Ercolani zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Enrico Ercolani könnte auf die Dringlichkeit verzichten, da die Wahlen vorbei sind. Der Interpellant überlässt die Wahl dem Rat ob die Interpellation als dringlich behandelt werden soll oder nicht. Wichtig ist nur, dass es einmal behandelt wird.

Peter Fässler opponiert der Dringlichkeit, da die Wahlen vorbei sind und man diese Interpellation zu einem späteren Zeitpunkt anschauen kann.

Gemäss Bruno Bienz ist an diesem Postulat nichts Dringliches und es kann das nächste Mal behandelt werden. Das Thema soll noch diskutiert werden, jedoch nicht heute.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Ercolani: Gesetzeswidrig aufgestellte Wahlplakate (Nr. 236/2016)

Mit 24:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Interpellation nicht dringlich erklärt.

Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	Enthaltung
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	n.t.
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein

Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schmutz, Manuel	nein
Schwizer, Roland	nein
Sigg, Leo	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Thomas Lammer hat bereits das letzte Mal erwähnt, dass am 4. September 2016 die Kulinarische Wanderung stattfindet und man sich anmelden kann. Es gibt noch freie Plätze für diesen Anlass und deshalb bittet er nochmals darum sich anzumelden.

Auch beim Einwohnerratsausflug hat es noch einige freie Plätze. Thomas Lammer bittet darum sich bis Ende Mai anzumelden.

2. Protokoll Nr. 5 vom 21. Januar 2016 Protokoll Nr. 6 vom 3. März 2016

Gemäss Thomas Lammer sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Fragestunde

Rolf Schmid hat beobachtet, dass in der Südstrasse immer wieder Cars auf Autoparkplätzen abgestellt werden. Hat der Gemeinderat Kenntnis davon? Was wird dagegen unternommen?

Matthias Senn erklärt, dass der Gemeinderat keine Kenntnis davon hat. Jedoch hat der Gemeinderat den Auftrag für Carparkplätze zu sorgen. Es wurde gestern im Gemeinderat diskutiert, ob dies ins Parkplatzreglement aufgenommen werden soll, welches im Juni behandelt wird oder aber in der nächsten Änderung des Reglements „Parkieren auf öffentlichem Grund“. Der Gemeinderat sieht es eher im Reglement „Parkieren auf öffentlichem Grund“.

Alfons Graf stellt fest, dass im Hochwald erste Häuser abgerissen werden. Warum hat man diese Arbeit nicht dem ZSO Pilatus übergeben und gibt diesen Auftrag den Nidwaldnern?

Gemäss Matthias Senn wurde dieser Auftrag beiden angeboten. Die ZSO Nidwalden hatte eine Übung über mehrere Tage, deshalb hat man auch entschieden, dass sie die Aufträge zu Ende bringen können. Die ZSO Pilatus hat zu dieser Zeit keine Übung angesagt. Selbstverständlich ist es aber für Private möglich mit ZSO Pilatus zusammen zu arbeiten. Die Gemeinde Kriens hat keine Hütte mehr.

Robert Marty hat vernommen, dass im Haus Luzernerstrasse 13 welches momentan abgerissen wird, vor kurzem noch neue Fenster und Böden gemacht wurden. Entspricht dies der Wahrheit?

Cyrril Wiget erklärt, dass man zu einem Zeitpunkt, an welchem man noch nicht wusste, ob man wirklich eine Chance auf ein neues Zentrum hat, dringend Büroräume brauchte. Zu diesem Zeitpunkt war das Haus in einem sehr schlechten Zustand und deshalb mussten für die Büroräumlichkeiten ein paar Dinge getan werden. Die Fenster mussten ersetzt werden und die Böden wurden abgeschliffen. Man hat das Dringendste gemacht, dass man nochmals 3-5 Jahre darin arbeiten konnte. Es gab wahrscheinlich keine günstigere Lösung zu diesem Zeitpunkt.

Laut Raphael Spörri hat man beim Schulhaus Kuonimatt und Roggern mit den Bauarbeiten begonnen. Es gab Kritik der Quartiervereine. Wie ist der Stand der Bauten und wie konnte dies mit den Einsprachen geregelt werden?

Matthias Senn weist darauf hin, dass an der heutigen Sitzung eine Interpellation traktandiert ist, welche genau diese Fragen beantwortet. Der Baubeginn hat stattgefunden, die Einsprachen wurden nicht zurückgezogen und wurden auch nicht ans Kantonsgericht weitergezogen, was bedeutet, dass diese Baubewilligungen rechtskräftig sind.

Bruno Bienz hat im letzten Kantonsblatt gelesen, dass die Mobimo im Mattenhof Grundstücke verkauft. Im Vertrag mit Kriens steht, dass man partizipiert. Ist dem so?

Gemäss Matthias Senn verkauft die Mobimo nicht Mattenhof 1, sondern Sternmatt. Dies hat einen strategischen Hintergrund. Wenn die Mobimo Sternmatt verkauft, kann sie das ganze Areal Mattenhof 1 selber realisieren. Dies ist auch so angekündigt, dass die Mobimo die Bauherrschaft vom ganzen Mattenhof 1 ist.

Leo Sigg wurde gefragt, ob bei der Schulraumplanung auch das MUKI-Turnen berücksichtigt wird oder nicht?

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass dies selbstverständlich berücksichtigt wurde. Momentan ist es so, dass sämtliche eingemietete, schulfremden Vereine, nach wie vor Platz finden.

Katja Staub möchte wissen, wie hoch im Mattenhof gebaut wird? Wann? Und wie lange bleiben die Bauten bestehen?

Gemäss Judith Luthiger-Senn wird an der nächsten Einwohnerratssitzung die gesamte Schulraumplanung und der Planungsbericht mit Angaben wie es plantechnisch weitergeht vorgelegt. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man noch nicht sagen, wie viele Stockwerke es geben wird. Der Gemeinderat hat den strategischen Entscheid noch nicht gefällt.

Enrico Ercolani ist im Obernau beim Feuerwehrgebäude vorbei gefahren und hat sich gefragt, ob die Gemeinde das Gebäude einer Baumschule oder einer Gärtnerei vermietet hat. Dort stehen so viele Pflanzen, dass man annehmen muss, dass in 2-4 Jahren ein Lastwagen mindestens so viele Pflanzen abführt, wie er jetzt zugeführt hat. Wer hat so viele Pflanzen geplant?

Matthias Senn hat dasselbe beobachtet. Es gibt verschiedene Hintergründe. Bestellt hat die Pflanzen der Landschaftsarchitekt. Der Hintergrund ist, dass man wegen dem neuen Feuerwehrgebäude zwei geschützte Hecken entfernt hat und die neuen Hecken bilden den Ersatz dafür. Gleichzeitig ist dort auch noch ein Retentionsbecken. Offenbar wird die dichte Bepflanzung auch mit der Retentions-Wirkung begründet. Die Parkplätze vorne werden nur eingesetzt, wenn Alarm ist, damit die Angehörigen der Feuerwehr dort parkieren können. Offenbar ist dies auch als Ersatz der Hecken gedacht. Gemäss Fachmann ist dies korrekt so, auch wenn es andere Meinungen gibt.

Ein Einwohner hat Raphael Spörri gefragt, warum man nicht bereits im Vorfeld mit dem Quartierverein Kuonimatt oder den Bewohnern in Kontakt getreten ist, bevor der Bau geplant wurde. Dies hat auch zu Konflikten geführt. Warum konnte man nicht in einem partizipativen Prozess zu der Bevölkerung treten bevor der Konflikt mit den Einsprachen entstand?

Matthias Senn findet, dass sich die Fragestunde nicht für Themen eignet, welche später traktandiert sind. Es wurde eine ausführliche Evaluation gemacht und man war der Meinung, dass dies die richtigen Standorte sind. Die Pläne wurden auch öffentlich aufgelegt, aufgrund dessen dann die Einsprachen kamen. Man kann immer alles mit Partizipation machen, aber ob dies viel gebracht hätte, ist eine andere Frage. Vor allem auch ob es andere Erkenntnisse gebracht hätte, da dies nur provisorische Bauten sind. Der Gemeinderat hat aber trotz allem vor beim Brunnmatt Schulhaus eine Orientierungsversammlung zu machen.

Tomas Kobi erklärt, dass Demenz in unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren eine Herausforderung darstellt. Der Regierungsrat Graf hat allen Sozialvorsteherinnen und Vorstehern einen Brief dazu geschrieben. Darin fordert der Regierungsrat auf, dass die Gemeinden dazu Stellung nehmen. Benutzt der Gemeinderat die Vernehmlassung und will er dazu eine entsprechende Arbeitsgruppe einsetzen?

Lothar Sidler erklärt, dass der Gemeinderat den Entwurf zur Stellungnahme erhalten hat. Momentan läuft das Vernehmlassungsverfahren innerhalb der Konferenz der Sozialvorsteher. Wenn dieses abgeschlossen ist, wird es in einem nächsten Schritt an den Gemeinderat gehen. Der Gemeinderat wird danach auch eine Stellungnahme ausarbeiten und wird sich allen-

falls hinter die Stellungnahme des VLG stellen. Danach wird die Stellungnahme dem Regierungsrat zugestellt. Ein partizipativer Prozess ist somit nicht vorgesehen.

Christine Kaufmann-Wolf hat festgestellt, dass man auf der Homepage der Gemeinde Kriens, keine Vorstösse mehr suchen kann, weder auf dem Intranet noch auf dem Extranet. Bis wann wird dies wieder aufgeschaltet?

Guido Solari bestätigt, dass die Funktion auf der Homepage momentan nicht mehr verfügbar ist. Man ist mit Hochdruck dabei, dies wieder zum Laufen zu bringen.

Katja Staub möchte nochmals etwas zum Thema modulare Bauten wissen. Anwohner welche direkt neben der Schulwiese Kuonimatt wohnen, haben Einsprache erhoben und haben alternativ Ideen angegeben. Diese Anwohner wurden benachrichtigt, dass diese Einsprache abgelehnt wird. Diese sind nun ernüchtert und irritiert über diese Kommunikationsweise. Sieht der Gemeinderat eine Möglichkeit auf diese Anwohner zuzugehen, mit diesen das Gespräch zu suchen und sie mit ins Boot zu nehmen und evtl. deren Ideen anzuhören?

Gemäss Matthias Senn hat man mit dem Bau bereits gestartet und sieht keinen Nutzen jetzt noch auf die Anwohner zuzugehen. Da hätte man mit diesen Personen in einem früheren Prozess in Kontakt treten sollen, was man nicht gemacht hat. Nun bringt es nichts mehr, denn es werden nur falsche Erwartungen geweckt.

Judith Luthiger-Senn möchte noch ergänzen, dass man nicht untätig war. Es haben Gespräche mit dem Quartiervereinspräsidenten vor der Quartiersversammlung stattgefunden. Auch war ein Gemeinderatsmitglied an der Quartiersversammlung anwesend und hat die Fakten dort aufgezeigt. Im Weiteren hatte die Sprechende einen Anwohner im Büro und hat mit diesem alles nochmals angeschaut und es konnte vieles geklärt werden. Einzelne Gespräche haben noch zusätzlich stattgefunden.

Daniel Rösch hat festgestellt, dass die PDF-Dokumente mit den Wahlergebnissen nicht korrekt codiert und leserlich waren. Auch bei den Einwohnerratssitzungen besteht auf der Homepage ein PDF-Problem, da die Volltextsuche nicht funktioniert. Gibt es einen Grund, dass man nicht den korrekten PDF-Standard anwendet?

Guido Solari erklärt, dass das Wahlverbal welches aufgeschaltet wurde, tatsächlich einen Übertragungsfehler hatte und zwar vom System auf die Website. Als dies bemerkt wurde, wurde diese Datei sofort durch eine normale Bilddatei ersetzt, welche man anschauen konnte. Die Problematik bei den Einwohnerratsdokumenten ist, dass die Gemeindeverwaltung Kriens eine Schrift verwendet, welche keine Standardschrift ist. Diese Schrift macht Probleme bei der Umwandlung ins PDF-Format. Dies ist etwas, welches mit einem neuen Corporate Design korrigiert wird.

Mario Urfer bittet den Gemeinderat darum den Verantwortlichen des Vereins Weekend-Sport Kriens ihre grossartige und wertvolle Arbeit zu verdanken.

Cyrill Wiget leitet diesen Dank gerne weiter. Es ist eine harte Nachtarbeit mit den Jugendlichen, welche zurzeit sehr gut funktioniert.

Laut Erich Tschümperlin gab es auf der Gemeindehausstrasse neben dem neuen Zentrum zwei Autospuren, einen Fussgängerwege, sowie einen Veloweg. Im Zusammenhang mit den Abbrucharbeiten hat man den Veloweg und den Fussgängerweg gestrichen. Wer entscheidet so etwas?

Matthias Senn erklärt, dass es ein Gremium gab. Dieses Gremium bestand aus Gemeinde, Polizei und der Totalunternehmung. Dies ist die Lösung, welche erarbeitet und auch kommuniziert wurde. Selbstverständlich kommt dieses Trottoir wieder zurück. Dies war auch immer die Bedingung der Gemeinde. Der Totalunternehmer hätte am liebsten diese Bauabschränkung immer ausserhalb des Trottoirs gehabt. Die Gemeinde hat die Bedingung gestellt, sobald die Gebäude abgebrochen sind, müssen die Bauabschränkungen wieder zurückversetzt werden, damit die Trottoirs wieder zur Verfügung stehen.

Judith Mathis-Wicki hat festgestellt, dass es am Anfang vom Geh- und Radweg Langmatt eine Barriere hat. Diese Barriere ist an schönen Sonntagen oftmals geöffnet und es wird wild parkiert am Anfang dieses schönen Freizeitgeländes. Wer bedient diese Barriere und was sind Kriterien dafür, dass diese manchmal offen und manchmal verschlossen ist?

Cyrill Wiget erläutert, dass für das Öffnen und Schliessen die Abteilung Tiefbau verantwortlich ist. Es ist jedoch ein Interessenkonflikt vorhanden. Auf der einen Seite ist es nicht besonders elegant, wenn die Barriere geschlossen ist, da es relativ eng ist. Aber offensichtlich haben einige Leute das Gefühl, man könne dort parkieren, wenn man mit den Kindern auf den Spielplatz geht. Momentan gibt es aber die Weisung, dass die Barriere wieder zu sein muss. Die Polizei hatte kein Interesse, dort eine Person hinzustellen.

Hans Fluder hat bei den ehemaligen Provisorien beim Schulhaus Gabeldingen gesehen, dass dort immer noch ein grosser Erdhügel ist. Wann wird dieser weggeräumt?

Gemäss Matthias Senn ist immer noch das Umgebungsprojekt am Laufen, welches demnächst im Gemeinderat unterbreitet wird. Danach werden entsprechende Entscheide gefällt.

Roger Erni erklärt, dass der Sportclub Kriens bis zum 30. März 2016 Zeit hatte, einen Investor zu bringen. Wie sieht dies aus? Kommt dieses Geschäft am 30. Juni vor den Einwohnerrat?

Cyrill Wiget erläutert, dass wenn die Verhandlungen so weiterlaufen wie bis anhin, sollte der B+A am 30. Juni 2016 traktandiert werden. Auch der Investor wird dann erwähnt.

Yasikaran Manoharan wurde darauf aufmerksam gemacht, dass beim Museum Bellpark der Behindertenlift nicht funktioniert. Werden die unterstützenden Anlagen durch die Gemeinde Kriens regelmässig auf die Funktionsfähigkeit überprüft und gewartet?

Matthias Senn erklärt, dass das Museum Bellpark der Betreiber dieses Gebäudes ist. Wenn etwas nicht funktioniert, muss sich der Betreiber beim Baudepartement melden und dann wird abgeklärt, ob eine Reparatur vorgenommen werden kann. Dasselbe gilt bei der Küche oder den sanitären Anlagen.

Raoul Niederberger möchte etwas zum Umspannwerk Fenkern wissen. Dies wurde von einem Theaterverein zu einem Lagerraum umfunktioniert. Es wurde auch gesagt, dass dies zu einem Proberaum weiterentwickelt würde. Wie sehen dort die nächsten Schritte aus?

Laut Matthias Senn musste man dort sehr schnell vorwärts machen, da der Theaterverein bis Ende Januar aus dem Pilatus Saal raus sein musste. Der Theaterverein konnte die ganzen Requisiten und Kulissen mitnehmen. Nun geht es darum, dies weiter auszubauen, damit man da auch proben kann. Die Bauarbeiten sind in den Sommerferien vorgesehen.

Rolf Schmid möchte wissen, ob der Einwohnerrat bis 2018 die Verknüpfungen zu den einzelnen Geschäften zu den Traktandenlisten nicht mehr haben wird?

Guido Solari sagt, dass man mit Hochdruck daran arbeitet, eine Lösung zu finden und bis spätestens nach den Sommerferien sollte dies wieder funktionieren.

Räto Camenisch stellt fest, dass die Firma Wüest Immobilien seit Jahren nicht mehr der Pflicht nachkommt, die Äste beim Bistro zu schneiden. Die Äste sind bereits so tief, dass man sich dort bücken muss. Wer von der Gemeinde schaut dafür?

Gemäss Cyrill Wiget ist der Tiefbau dafür verantwortlich. Es gibt jedoch einen Plan, wie diese Rückschnitte erfolgen müssen. Dieser Plan wird auch regelmässig besprochen. Wenn der Werkdienst viel Arbeit hat, kann es aber bei manchen Ästen etwas länger dauern. Man darf natürlich auch beim Werkdienst anrufen.

Enrico Ercolani kommt nochmals auf das Feuerwehrgebäude zurück. Der Sprechende hat ein Foto dabei, auf welchem ein holländischer Lastwagen zusehen ist. Dieser lädt beim Feuerwehrgebäude jede Menge Pflanzen ab. Die Schweiz hat genügend einheimische Pflanzen. Es kann nicht sein, dass aus dem Ausland Gewächs eingeführt werden müssen. Wo ist da der Umweltschutz?

Matthias Senn erklärt, dass die Ausgangslage die Langmatt war. Dort wurden die Bäume mit polnischen Lastwagen geliefert und der Gemeinderat hat dann reklamiert. Dem Sprechenden wurde versprochen, dass die Bäume beim Feuerwehrgebäude aus der Schweiz angeliefert werden. Man konnte jedoch nicht garantieren, dass alles Schweizer Bäume sind, da es in der Schweiz zu wenig Bäume in dieser Grösse gibt.

Anita Burkhardt-Künzler wurde bereits mehrmals angefragt betreffend Zukunft Kriens. Was wurde aus diesen Projekten umgesetzt? Die Krienser Bevölkerung wird zu wenig informiert. Wie wird sie überhaupt informiert? Der Einwohnerrat kann im Aufgaben- und Finanzplan nachlesen, was alles passiert.

Laut Matthias Senn gibt es regelmässig Berichte z.B. in der Neuen Luzerner Zeitung oder auf der Krienser Facebookseite. Die Internetseite wird laufend aktualisiert und auch im KriensInfo ist praktisch jeden Monat einen neuer Artikel drin. Auch gibt es diverse Tage der offenen Türen. Der nächste ist am 3. September 2016 mit dem Tag der offenen Tür im Eichenspes.

Cyrill Wiget erklärt, dass man bereits ein neues Kommunikationskonzept auf dem Radar hat. Aufgrund der fehlenden Ressourcen kann man damit aber frühestens auf die neue Legislatur starten. Er wehrt sich gegen die Aussage, dass die Gemeinde zu wenig informiert. Man ist immer intensiv am Informieren. Aufgrund der Rückmeldungen aus dem Projekt „Wir sind Kriens“ wurden gewisse Kommissionen mit zusätzlichen Personen bestückt, wie z.B. die Verkehrskommission. Weiter hat man daraus auch das Legislaturprogramm sowie den Aufgaben- und Finanzplan erarbeitet. Insofern hatte dieses Projekt auch eine konkrete Auswirkung. Der Gemeinderat stellte sich die Frage, wann man wieder einen solchen Partizipationsprozess machen kann. Am ehesten sieht man dies beim Gesamtverkehrskonzept, wenn es um die Massnahmenplanung geht.

Alfons Graf hat gesehen, dass der Gemeinderat ein Foto im Einwohnerratssaal gemacht hat. Darf man hier wieder Fotos und Aufnahmen machen?

Franco Faé erklärt, dass er für Katja Staub ein Erinnerungsfoto gemacht hat, da es ihre letzte Einwohnerratssitzung ist.

Enrico Ercolani möchte wissen, ob der Gemeinderat in Zukunft bereit ist, Schweizer Pflanzen oder Schweizer Gehölz aus Schweizer Produktion zu verlangen? Wenn jeder Unternehmer dieselbe Voraussetzung hat, sollte dies auch preislich entsprechend gut kommen.

Matthias Senn kann dies so nicht zusagen. Es gibt zwar Baumschulen in der Schweiz, diese haben aber nicht die Möglichkeiten die ganze Schweiz damit zu beliefern. Dem Sprechenden wurde zugesichert, dass aus dieser Schweizer Baumschule zugeliefert wird. Die Bäume bei der Langmatt kamen aus Süddeutschland jedoch mit einem polnischen Lastwagen. Dies war sehr ärgerlich, dass dies durch einen polnischen Lastwagen geliefert wurde. Der Süddeutsche Raum hingegen, ist nicht so weit weg. Genf ist ungefähr gleich weit weg oder sogar weiter.

4. Bericht und Antrag: Jahresrechnung 2015

Nr. 230/16

Thomas Lammer begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Franco Faé führt aus, dass alle die Rechnung zugestellt bekommen haben. An der FGK-Sitzung wurde der Bericht angeschaut und es erfolgten Detailerkklärungen durch den Sprechenden. Franco Faé geht davon aus, dass alle entsprechend informiert worden sind. Positiv ist, dass das geplante Defizit gesenkt werden konnte. Jedoch hat man immer noch ein Defizit. Man darf aber auch erwähnen, dass die Budgetdisziplin das letzte Jahr sehr gut war. Die Abweichungen im Plus oder im Minus sind solche Positionen, welche schwierig sind genau zu planen. Man darf feststellen, dass der Finanzplan gut eingehalten wurde. Der Sprechende bedankt sich bei allen, welche bei dieser Rechnung 2015 mitgearbeitet haben.

Die FGK hat gemäss Roger Erni die Rechnung mit 6:0 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der Blick zurück war kurz und positiv. Positiv war, dass das Finanz- und Verwaltungsvermögen gegenüber dem Jahr 2014 wesentlich besser ist. Die Gemeindeverwaltung hat ein grosses Kostenbewusstsein gezeigt. Leider aber hat man nur noch Fr. 34'100.00 Eigenkapital. Vor vier Jahren lag dieses noch bei 4.45 Mio. Franken. Im Weiteren hat die kantonale Finanzaufsicht nichts festgestellt, dass die Mindestanforderung für eine gesunde Entwicklung vom Finanzhaushalt nicht erfüllt worden wäre. Es wurde auch kein Anhaltspunkt festgestellt, bei welchem eine aufsichtsrechtliche Massnahme erforderlich ist. An der Kommissionssitzung haben alle Gemeinderäte zusammen mit Guido Solari und dem Finanzchef Franz Bucher die Fragen transparent und kompetent beantwortet. Lothar Sidler konnte zwei ganz interessante Geschichten zu den Budgetpositionen Sozialhilfe und Pflegekosten erläutern. Trotz allem, denkt die Kommission, dass der Gemeinderat einige Inputs entgegengenommen hat und darauf heute antworten wird. Für die FGK ist es vor allem aus finanzpolitischer Sicht, die grösste Abweichung bei der Position 4100036401. Auch wurde moniert, dass beim Budget 2017 die weiteren Steuern den aktuellen Gegebenheiten anzupassen sind. Die Kommission bedankt sich bei allen Mitarbeitenden der Gemeinde.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf war das Eintreten für die BiK unbestritten. Die Bildung ist nach wie vor der grösste Budgetposten der Gemeinde Kriens. Gefolgt von der sozialen Wohlfahrt und der Gesundheit. Wiederum wurde die budgetierte Vorgabe der Bildung mit rund Fr. 840'000.00 unterschritten. Einerseits wurden der Aufwand höher und die Erträge niedriger budgetiert. Die Kommission lobt und anerkennt die strikte Kostenkontrolle und die hohe Budgetdisziplin im Bereich Bildung. Dazu an alle Beteiligten einen grossen Dank, welche sich dafür einsetzen. Auch einen Dank für die wieder detaillierten Ausführungen und den klaren Ergänzungen zu den einzelnen Kontoposten. Diese sind sehr hilfreich und informativ. Die BiK hat sich nur über die zugewiesenen Konten beraten. In der Detailberatung wurden viele Fragen zu den einzelnen Konten gestellt. Diese konnten umfassend und nachvollziehbar beantwortet werden. Die grössten Veränderungen sind:

- Tiefere Kosten bei der Stufe Sek 1
- Weniger Anschaffungen beim Lehrmittel, Anschauungs- und Büromaterial
- Höhere Unterhaltskosten Liegenschaften (Baulicher Unterhalt; Raumunterteilung, Wasserschäden)
- Höhere Beiträge des Kantons an die Sonderschulung

Im August 2015 konnten mit dem Neubau im Schulareal Amlehn zusätzliche Kindergärten und ein Schülerhort in Betrieb genommen werden. Im Schulhaus Feldmühle wurde ebenfalls ein zusätzlicher Kindergarten geschaffen und die Heizung ersetzt. Die integrierte Förderung (IF) wurde ab August 2015 auf allen Stufen abschliessend eingeführt und es wurde erfolgreich eine interne Evaluation der IF auf den bereits eingeführten Stufen durchgeführt. Auch für die Zukunft bestehen für die Volksschule weiterhin grosse Herausforderungen. Dies sind weiterhin die integrative Förderung IF, die integrative Sonderschulung IS, das 2. Kindergartenjahr sowie die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen. Dazu kommt der immer noch anhaltende Nachholbedarf bei den werterhaltenden Massnahmen der Schulliegenschaften und die Erstellung von neuem Schulraum. Dies wird sich auch weiterhin stark auf die laufende Rechnungen auswirken. Die grössten Investitionen bei der Bildung waren das Schulraumprovisorium Krauer, Werterhaltung Schulliegenschaften Feldmühle und Kirchbühl 1 und Kindergarten und Hort Amlehn. Bei den Investitionen wurden statt den budgetierten 5.68 Mio. Franken satte 10.58 Mio. Franken investiert. Die BiK geht davon aus, dass es sich hier um eine zeitliche Verschiebung von Bau und Rechnung handelt. Die Sprechende kommt nun zu den Musikschulen Kriens. Die neue Organisationsstruktur ist umgesetzt, die neuen Fachschaftsleitungen sind eingearbeitet und die Stellvertretung des Musikschulrektors ist gesichert. Die Zahl der Musikschüler ist mit zusätzlich 110 Schülern wieder am Steigen. Mit der Lancierung

von Erwachsenenkursen konnten neue, kostendeckende und erfolgreiche Angebote geschaffen werden. Sorgen macht der Kommission, die Gemeindebibliothek und das Lagerhaus Kippel. Bei der Gemeindebibliothek wurden weniger Medien ausgeliehen. Eine Zeitlang konnte man lesen, dass dies ein neuer überregionaler Trend ist. Alle Bibliotheken sind davon betroffen. Aktuell werden mit dem Bibliothekverband neue Anpassungen diskutiert. Das Ferienheim Kippel belastet wiederum die Gemeinderechnung mit rund Fr. 90'000.00 mehr Nettoaufwand. Dies unter anderem auch, weil die budgetierten Fremdvermietungen nicht eingetroffen sind. Speziell ist, dass die Vermietungen dem Bildungsdepartement unterstehen und die Organisation der Lager zum Umwelt- und Sicherheitsdepartement. Durch die neue Departementsreform wird dieses Thema dem Finanzdepartement abgegeben. Der Gemeinderat muss über eine Vertragserneuerung bis Ende Juni 2016 entschieden. Die BiK ist der Meinung, dass das Bildungsdepartement wieder sehr gute Arbeit geleistet hat. Es wurde sehr kostenbewusst und mit grosser Budgetdisziplin gearbeitet. Einen grossen Dank wird an dieser Stelle der Departementsleitung Judith Luthiger-Senn, den beiden Rektoren Markus Buholzer und Ursin Villiger, dem Schulverwalter Oliver Kehrer und allen Mitarbeitenden ausgesprochen.

Die Baukommission möchte sich gemäss Martin Heiz bei allen Beteiligten bedanken. Das Eintreten auf die Rechnung 2015 war unbestritten. Die Rechnung schloss um einiges besser ab als budgetiert. Darüber sind alle erfreut. Wenn man alle Einlagen in die Spezialfinanzierungen noch einrechnen könnte, so hätte es sogar ein Plus ergeben. Besonders zu erwähnen sind noch die offenen Kredite. Da hat die BK etwas mehr Zeit investiert. Man ist nun mit den Bauabrechnungen sehr à jour. Noch offen ist ein älterer Kredit aus dem Jahre 2007 für die Werterhaltung der Strassen. Doch darin ist auch die Sanierung der Hergiswaldstrasse enthalten, die voraussichtlich nun im Jahre 2017 ausgeführt werden kann. Ein älterer Kredit wird heute auch noch in einem weiteren Traktandum abgeschlossen. Zu den baurelevanten Konten wurden einige Verständigungsfragen gestellt, die im Protokoll der BK nachgelesen werden können. Die Baukommission sagte einstimmig ja zu den baurelevanten Konten.

Laut Raphael Spörri wurden in der USK verschiedene Fragen gestellt und grösstenteils durch den zuständigen Departementsvorsteher beantwortet. Von allen Teilnehmern wurde geschätzt, dass die Rechnung 2015 besser abschneidet als budgetiert. Hier ist noch einmal der Dank der USK an alle Mitarbeiter der Gemeinde Kriens ausgesprochen. Die USK ist sich bewusst, dass trotz des guten Abschlusses die Finanzlage der Gemeinde Kriens angespannt bleibt. Der Sprechende möchte nicht weiter auf die Details eingehen, da sie im Protokoll der USK nachzulesen sind und zum Teil bereits von den Vorrednern angesprochen wurden. Eine Jahresrechnung ist schlussendlich immer auch eine Vergangenheitsbewältigung und man kann nichts mehr an ihr ändern, so der Tenor der Mehrheit. Es gilt nun aus dieser Rechnung die richtigen Schlüsse für weitere Budgets zu ziehen. Vor allem sei Vorsicht geboten, die Einnahmen nicht allzu optimistisch zu budgetieren und weiter auf die Ausgabenbremse zu drücken. Die USK hat die ihrem Departement zugeteilten Kontos überprüft, hinterfragt und analysiert. Die Kommission nimmt den vorliegenden Jahresbericht 2015 mehrheitlich zur Kenntnis und genehmigt die Jahresrechnung 2015.

Gemäss Bruno Bienz, Präsident der SGK, schneidet die Rechnung 2015 in Kriens erfreulicherweise besser ab als budgetiert. Um ganze 1.84 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Das heisst für die meisten SGK-Mitglieder, dass die Finanzstrategie des Gemeinderates auf Kurs ist. Als erstes möchte der Sprechende allen Beteiligten für ihre grosse Arbeit herzlich danken. Es wird auch wohlwollend vermerkt, dass die Jahresrechnung gut leserlich und gut dargestellt ist, was die Arbeit erleichtert. Zum Eintreten gibt es ein paar erwähnenswerte Voten. Es wird besorgt zur Kenntnis genommen, dass die Kosten im Bereich Gesundheit und in der sozialen Wohlfahrt weiterhin ansteigen. Es zeigt sich, dass es schwer ist, diese Kosten in den Griff zu

bekommen, da sie schwer von der Gemeinde beeinflussbar sind. Das löst aber wiederum grossen Kostendruck auf das Personal aus. Daher sollte ein grosses Augenmerk darauf gelegt werden, dass dieser Druck nicht auf dem Buckel des Personals ausgefochten wird. Irritiert hat mehrere SGK-Mitglieder, dass meist zu positiv budgetiert wurde. Eine genauere Budgetierung ist anzustreben. Im Bereich KESB war das Jahr 2015 in der Deutschschweiz erneut geprägt von einer medialen Präsenz. Kriens/Schwarzenberg war betreff einer Gebührenerhebung präsent. Dabei verlangte die KESB Gebühren, gestützt auf die geltenden Grundlagen. Es ist so, dass gegen Entscheide der KESB eine Verwaltungsbeschwerde erhoben werden kann. In diesem Spannungsfeld muss sich die KESB bewegen. Fragen kamen auch zum Projekt KESB-Integration Horw und Malters. Es liegt nun ein Entwurf des revidierten Expertenberichts vor. Der definitive Bericht wird der SGK voraussichtlich an der Sitzung vom 20. Juni 2016 vorgestellt. Eine kritische Haltung einiger Mitglieder betreff Erweiterung war spürbar. Eine so schlanke KESB wie heute ist mit der Erweiterung nicht mehr möglich. Im Bereich Spitex/KIG wurden 1'950 Stunden mehr Pflegedienstleistungen geleistet. Diese Zunahme kostet einiges, trägt aber dazu bei, dass die Gemeinde weniger Pflegestunden in den Heimen hat. Die demographische Entwicklung in Kriens zeigt weiterhin nach oben. Das heisst auch, dass diese Kosten steigen werden. Von einem Mitglied der SGK wurde die KIG als tolle Einrichtung gelobt. Eine solche Stelle kann sich aber nur eine finanzgesunde Gemeinde leisten. Der versprochene Wirkungsbericht für die KIG liegt im Entwurf vor. Die definitive, vom Gemeinderat beschlossene Fassung wird danach der SGK zur Kenntnisnahme vorgelegt. Im Bereich Heime war das Jahr 2015 ein normales Jahr. Trotzdem ist einiges gelaufen. Die Fluktuationen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit 6.48 % erfreulich tief. Die Zufriedenheit bei den Mitarbeitern ist anscheinend sehr gut. Zu erwähnen ist auch noch, dass zusätzlich eine dritte Demenzabteilung für 10 Menschen eröffnet worden ist. Die vier zusätzlichen Pflegeplätze, die neu auf der Pflegeheimliste aufgeführt sind, konnten mit dem Umbau von vier Badezimmern, die nicht mehr benötigt werden, realisiert werden. Grundsätzlich ist die Rechnung der Heime sehr erfreulich. So konnten der Spezialfinanzierung Fr. 1'885'428.31 zugeführt werden. Im Bereich Berufsbeistandschaft wird im Rahmen der Departementsreform per 1. September 2016 eine eigenständige Abteilung umgesetzt. In Bezug auf die Zahlen gibt es eine Abnahme bei den Kinderschutzmassnahmen und eine Zunahme bei den Erwachsenenschutzmassnahmen. Dies führte zu einer Zunahme von Rechnungsführungen mit erhöhtem administrativem Aufwand. Da die Ressourcen in der Administration im Vergleich zu anderen Berufsbeistandschaften sehr knapp bemessen sind, musste der Gemeinderat eine Stellenaufstockung vornehmen. Im Bereich Sozialamt sind die Abweichungen zum Budget laut Lothar Sidler unter anderem auf kaum beeinflussbare Faktoren zurückzuführen. Ein Teil ist zum Beispiel mit tieferen Rückerstattungen zu begründen. So betragen diese im 2014 Total Fr. 343'000.00. Im 2015 waren es aber lediglich Fr. 96'000.00. Das sind Rückerstattungen aus Erbschaften oder anderweitigem Vermögensanfall und sind deshalb wenig beeinflussbar. Die Fallzahlen in der WSH waren in den letzten Jahren von 2013 bis heute relativ stabil. Unschön ist der kontinuierlich leichte Anstieg der Dossierzahlen von Menschen in Alters- und Pflegeheimen, die auf WSH angewiesen sind. Auch aufgrund einer Änderung des Gesetzes über den Justizvollzug sind per 1. Juli 2016 die Gemeinden für die Unterstützung bedürftiger Personen im Straf- und Massnahmenvollzug (inkl. U-Haft) zuständig. Auch das wird ein Dossieranstieg von 10 – 15 zur Folge haben. Sicher auch noch zu erwähnen ist, dass auf kantonaler Ebene Diskussionen laufen, die Dossiers von anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen neu bereits nach 7-jährigem Aufenthalt in der Schweiz (bisher 10 Jahre) vom Kanton an die Gemeinden zu übertragen. Dies hätte eine Fallzunahme und einen deutlichen Kostenanstieg zur Folge. Prioritär sind 2016/17 die Strukturen für den Sozialdienst Kriens weiter zu entwickeln, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen zeitgemäss und professionell zu begegnen. Der Fallaufnahme-Prozess Intake soll ausgebaut und intensiviert werden. Das Eintreten der SGK war unbestritten. Es gab von den Mitgliedern in der Detailberatung viele Fragen, die kompetent beantwortet werden konnten. Die Rechnung in den SGK relevanten Konten wurde einstimmig angenommen.

Gemäss Rolf Schmid ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stets bestrebt, konstruktive und reale Sachpolitik zu betreiben. Und in diesem Bestreben ist es unerlässlich, einen Blick auf die Stärken bzw. auf das Positive zu werfen und nicht nur alles schlecht zu machen. Das im Wissen, dass der vor uns liegende Weg kein leichter sein wird, auch steinig und schwer sein kann. Dass aber das Vertrauen in diesen Weg, und das Vertrauen von fast 72 % der Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger berechtigt ist, zeigt der Abschluss der Jahresrechnung 2015. Ein erster positiver Fakt ist folgender: Der Voranschlag 2015 rechnete noch mit einem Mehraufwand von rund 3.24 Mio. Franken. Die Rechnung 2015 schliesst mit einem um rund 1.84 Mio. Franken geringeren Mehraufwand ab, nämlich mit einem Aufwandüberschuss von 1.4 Mio. Franken. Ein zweiter positiver Fakt ist, dass der budgetierte Finanzfehlbetrag von 1.8 Mio. Franken dadurch aufgefangen werden konnte. Das Eigenkapital liegt zwar nur noch bei Fr. 36'000.00 und ist zum wiederholten Mal fast aufgebraucht. Doch ist man nicht in einen Finanzfehlbetrag gerutscht, der in den nächsten 10 Jahren abgeschrieben werden muss und das Budget 2016 ein erstes Mal belastet hätte. Ein dritter positiver Fakt ist, dass sowohl das Finanz- als auch das Verwaltungsvermögen gegenüber 2014 wesentlich besser dastehen. Das sind schon klar bessere Vorzeichen als erwartet und zeigen, dass man mit der konsequenten Umsetzung der 4-Säulen-Strategie auf gutem Wege ist. Deshalb ist die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion geschlossen für Eintreten und wird dem Abschluss der Jahresrechnung vorbehaltlos zustimmen. In der Detailbetrachtung fällt auf, dass das gemeindliche Personal ein grosses Kostenbewusstsein und eine hohe Ausgabendisziplin pflegt und somit wesentlich zu diesem besseren Abschluss beiträgt. In vielen Bereichen darf sogar von einer Punktlandung gesprochen werden. Ebenso fällt das um 1.83 Mio. Franken bessere Ergebnis der Krienser Heime auf. Das ermöglicht eine Einlage in die Spezialfinanzierung von rund 2.86 Mio. Franken. Diese Überschussverwendung ist gesetzlich klar geregelt und dürfte beispielsweise nicht für einen besseren Jahresabschluss eingesetzt werden. Es fällt auch auf, wie schwierig es ist, die Gesundheitskosten im Griff zu haben. Einerseits aufgrund der demografischen Entwicklung, andererseits auch, weil auf die ausserkommunalen Heimkosten keinen Einfluss genommen werden kann. Die Mehrstunden und somit auch der nicht budgetierte Mehraufwand der Spitex belasten zwar die Jahresrechnung, doch in einer weit geringeren Masse, als wenn die zu pflegenden Menschen in einem Heim untergebracht werden müssten. Diese Kausalität wird leider nicht immer von allen Parteien verstanden. Erfreut nimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion zur Kenntnis, dass sich in Kriens die Kosten für die Sozialhilfe-Empfänger, die nicht in Heimen leben, stabilisieren und leicht abnehmend sind. Nachdenklich stimmt jedoch die Tatsache, dass aufgrund der demografischen Entwicklung Mehrkosten von fast Fr. 800'000.00 für Personen aufzubringen sind, die in Heimen und Heilstätten leben. Dieser Umstand macht insofern betroffen, weil diese Menschen langjährige Krienser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler waren. Die Ausgabendisziplin in der Bildung ist vorbildlich und es ist den Schulverantwortlichen wie auch den Lehrerinnen und Lehrern hoch anzurechnen, dass sie sich trotz der knappen und eingeschränkten Mittel mit Herzblut für eine qualitätsbewusste, gute Krienser Volksschule einsetzen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion spricht ihren Dank und ihre Anerkennung aus. Kritisch zu würdigen sind die unter dem vormaligen Finanzvorsteher Paul Winiker doch etwas zu optimistisch budgetierten Steuereinnahmen. Die Fraktion ist froh, wurde dies noch rechtzeitig erkannt und im Voranschlag 2016 korrigiert. Dank der Steuernachzahlungen aus dem Vorjahr, die um 1.5 Mio. Franken höher waren und weiteren steuerlichen Mehreinnahmen steht Kriens insgesamt bei den Steuereinnahmen etwas besser da als budgetiert. Insgesamt wurden im 2015 rund 5 Mio. Franken weniger investiert als vorgesehen. Trotzdem stiegen die kurz- und langfristigen Schulden um 29.7 Mio. Franken. Die Gründe hierfür sind hinlänglich bekannt und werden von der Krienser Bevölkerung mitgetragen. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg somit von Fr. 3'288.- im 2014 auf Fr. 3'996.- Ende 2015. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bedankt sich bei den Verantwortlichen des Finanzdepartements für die übersichtliche und transparente Darstellung der Jahresrechnung und dem gesamten gemeindlichen Personal für das hohe Kostenbewusstsein und die sicher nicht immer leichte Ausgabendisziplin. Für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion haben sich die Herausforderungen für die Gemeinde Kriens mit diesem Jahresabschluss noch nicht verflüchtigt. Die Schulden wer-

den sich, das ist bekannt, aufgrund der notwendigen und aufgegleisten Investitionen, noch anhäufen. Der Gemeinderat, Einwohnerrat und das Gemeindepersonal müssen sich nach wie vor nach der Decke strecken. Doch darf festgehalten werden, dass Kriens mit diesem Abschluss wiederum einen wichtigen und richtigen Schritt in eine finanziell etwas rosigere Zukunft macht. Dieser Weg wird nicht leichter sein, oft noch steinig und schwer. Doch die letzten Jahre und Jahresabschlüsse haben gezeigt, dass man auf dem richtigen Weg ist.

Die SVP-Fraktion nimmt gemäss Peter Portmann positiv zur Kenntnis, dass die Jahresrechnung um 1.8 Mio. Franken besser als erwartet abschliesst. Dies bestätigt, dass die eingeschlagene Strategie von Paul Winiker aufgeht. Das Resultat der Jahresrechnung wird von der Fraktion trotzdem nicht ganz so euphorisch zur Kenntnis genommen wie von den Vorrednern. Dass die Steuererträge gesamthaft gestiegen sind, stimmt die Fraktion freundlich. Jedoch hat das ganze einen Schönheitsfehler. Die Gemeindesteuern sind um 1.6 Mio. Franken tiefer ausgefallen als budgetiert und wenn man diese Zahlen mit dem Ergebnis von 2014 vergleicht, stellt man einen leichten Rückgang der Einnahmen der Gemeindesteuern fest. Für die Zunahme der kurzfristigen und langfristigen Schulden um 29.7 Mio. Franken hat die SVP-Fraktion momentan Verständnis. Es ist aber eine Tatsache, dass die Schulden um 29.7 Mio. Franken stiegen, die Investitionen aber 29.5 Mio. Franken betragen. Es zeigt sich, dass sich die Gemeinde leicht aber immer noch mit zusätzlichen Kreditaufnahmen finanzieren muss. Dies ist auch der Grund, warum die SVP-Fraktion die Initiative der FDP "Schuldenbremse" unterstützen wird. Die SVP-Fraktion hat schon bei der letzten Budgetdebatte über den bedenklichen Schuldenbestand der Gemeinde Kriens aufmerksam gemacht. Die langfristige Schulden kosten Fr. 5'300.00 im Tag bei einem Zinssatz von durchschnittlich 1.3 %. Würde man bei den Gemeinden einen Bonitätsstresstest machen, wie es in der Wirtschaft üblich ist, dann müsste die Gemeinde Kriens mit einer Zinsbelastung von 7.5 Mio. Franken pro Jahr verkraften können. Wie bereits in der SGK und in der FGK von der SVP-Fraktion kritisiert, sind die Pflegefinanzierungskosten der Spitex, rasant gestiegen. Die SVP-Fraktion fragt sich, ob es sinnvoll wäre, die nicht KLV-pflichtigen Leistungen öffentlich auszuschreiben. Ein Vorstoss dazu wurde kürzlich von der SVP eingereicht. Die Fraktion ist gemäss dem Sprechenden, für das Eintreten und wird sich grossmehrheitlich der Stimme enthalten.

Gemäss Beat Tanner ist der Rechnungsabschluss nicht überraschend. Die FDP-Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat den Abschluss 2015 so gestaltet hat, dass zumindest noch ein Eigenkapital von Fr. 36'000.00 übrig geblieben ist. Es handelt sich um eine Vergangenheitsbewältigung, welche der FDP in Zukunft Kopfzerbrechen bereitet. Der Nettoaufwand der wirtschaftlichen Sozialhilfe übersteigt das Budget um 0.5 Mio. Franken. Vor dieser Entwicklung musste der Gemeinderat bereits bei der Budgetabstimmung Kenntnis haben, wenn das Finanzcontrolling richtig funktioniert. Es sei die Frage erlaubt, wieso er diese Tatsachen in der Budgetabstimmung verschwiegen. Die FDP hat stets moniert, dass bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe in der Finanzplanung der nächsten Jahre kein Wachstum enthalten ist. Der Gemeinderat war der Überzeugung, dass es in den nächsten 4 Jahren kein Wachstum gibt. Nun gab es schon im vergangenen Jahr ein Wachstum von 0.5 Mio. Franken. Gerne möchte die FDP-Fraktion vom zuständigen Gemeinderat eine Klärung über die gestiegenen Kosten und eine Einschätzung, ob weiterhin ohne Kostenwachstum in den nächsten 4 Jahren in diesem Bereich gerechnet wird. Erfreulich zeigt sich hingegen die Rechnung bei den Sondersteuern, welche leider im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht nachhaltig sind. Weiter kommen auch die immer erwähnten Mehrbelastungen durch das kantonale Sparpaket KP17. Die Ausgabedisziplin war erfreulich. Die FDP-Fraktion fragt sich nur, wie das möglich ist, wenn 97 % der Kosten gebunden sein sollen. Da es sich auch um nachhaltige Positionen handelt, erwartet die FDP-Fraktion, dass diese das Budget 2017 gegenüber der Finanzplanung verbessern. Der hohe Gewinn der Heime Kriens bringt bei der FDP wiederum einige Fragezeichen auf. Die intransparente Pflegefinanzierung zu Lasten der Gemeinde und die ho-

hen Heimtaxen zu Gunsten der Heime, der Pflege- und Hotelleriekostenschlüssel sowie die hohen Kosten geben der FDP-Fraktion kein gutes Gefühl. Schon im letzten Jahr hat man per E-Mail bei der Gemeinde, um mehr Transparenz bei den Geldflüssen Pflegfinanzierung gebeten. Mit diesen Fragezeichen kann die FDP-Fraktion dieser Rechnung nicht zustimmen und wird sich zur Rechnung 2015 enthalten. Die Befürchtungen haben sich mit dieser Rechnung einmal mehr bewahrheitet. Der Sprechende erhofft sich, dass sich diese Tendenzen im neuen Finanzplan widerspiegeln.

Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich, gemäss Mario Urfer bei allen Beteiligten für die gut lesbare und dargestellte Rechnung 2015. Sie ist für Eintreten. Ein Aufwandüberschuss in einer Jahresrechnung ist nichts Gefreutes. Im Kontext mit dem Aufgaben- und Finanzplan der im Budget einen Aufwandüberschuss von 3.2 Mio. Franken vorsah, ist erfreulich, dass diese um 1,84 Mio. Franken tiefer ausfallen als budgetiert. Die grössten Veränderungen im Budget sind von der Gemeinde nicht gross beeinflussbar. Positiv sind die tieferen Kosten und höhere Beiträge des Kantons in der Bildung und negativ sind die höheren Kosten in der Pflegefinanzierung. Die Rechnung zeigt auf, dass in den Verwaltungsbereichen Gesundheit und Soziale Wohlfahrt das Budget 2017 nach oben angepasst werden muss. Es war auch richtig, das zu optimistische Wachstum im Budget der Steuererträge nach unten zu korrigieren, da sie um 1,6 Mio. Franken nicht erreicht wurden. Die Budget-Genauigkeit sollte sich dann in der Rechnung 2016 zeigen, wie auch die Auswirkung der Verhinderung von einem Bilanzfehlbetrag. Bedenklich ist natürlich die pro Kopf Verschuldung. Diese liegt immer noch Fr. 1'700.00 höher als der kantonale Durchschnitt. Die kantonale Finanzaufsicht hat festgestellt, dass die Mindestanforderungen für eine gesunde Entwicklung des Finanzhaushalts erfüllt und kein Anhaltspunkte festgestellt wurde, welche eine aufsichtsrechtliche Massnahme erfordern. Das Gegenteil von dem was die rechts bürgerlichen Parteien im Budget Abstimmungskampf behaupteten. Die Volksabstimmung zeigt, man hat Vertrauen in die 4-Säulenstrategie, die konsequent weiter verfolgt werden muss. Im Gegensatz zu vereinzelt FDP-Einwohnerräten, welche am liebsten Stellenabbau betreiben möchten, würdigt die SP/JUSO-Fraktion die Arbeit der Verwaltungsmitarbeiter, welche sich täglich unter Spardruck an eine hohe Ausgabendisziplin halten. Die SP/JUSO-Fraktion genehmigt die Rechnung und nimmt sie positiv zur Kenntnis, da die Finanzstrategie auf dem richtigen Weg ist.

Gemäss Erich Tschümperlin von der Grüne/JG-Fraktion ist die Rechnung 2015 eine Punktlandung und ein hervorragendes Ergebnis, unter Berücksichtigung der finanziellen Situation. Eine solche Genauigkeit muss man weit suchen, gerade auch in der gerne zitierten Privatwirtschaft. Dass es Abweichungen nach oben und unten gibt ist normal. Nur die Mehrausgaben zu beklagen hilft nichts, man muss die ganze Rechnung anschauen und die ist unter den gegebenen Umständen positiv. Wer ernsthaft eine Rechnung verlangt, die nicht vom Budget abweicht, der sollte sich wieder mal den Unterschied zwischen Budget und Rechnung zu Gemüte führen. Als erstes möchte der Sprechende den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzdepartements danken für diesen sehr übersichtlichen und gut lesbaren Bericht. Er enthält alle wesentlichen Übersichten und Zusammenstellungen (inkl. Beteiligungen, Grundstücke, etc.) und vereinfacht den Milizparlamentariern die Arbeit sehr. Bei einem solch aufwändigen B+A stösst der Sprechende an seine zeitlichen und fachlichen Grenzen, da ist eine gute Lesbarkeit umso wichtiger. Die Grüne/JG-Fraktion ist froh, dass das Defizit wesentlich tiefer ausgefallen ist als budgetiert. Dies erlaubt in den kommenden Jahren zusätzlich Spielraum. Vieles wurde bereits gesagt, Zahlen wurden wiederholt, darum hat der Sprechende drei Punkte herausgegriffen auf die noch nicht eingegangen wurde. Was die Grüne/JG-Fraktion nachdenklich stimmt ist, dass die Gemeindesteuern für das laufende Jahr nicht erreicht werden konnten: 1.6 Mio. Franken weniger als budgetiert und dass weil die Wohnbevölkerung sogar leicht zurückgegangen ist, ganz entgegen der Strategie. Die Finanzstrategie muss trotzdem beharrlich weiterverfolgt werden, wie dies das Volk an der Urne mit rund 70 % Zustimmung

eindrücklich bestätigt hat. Hüftschüsse irgendwelcher Art bringen nichts, einige Bauvorhaben sind in der Ausführung und andere kurz davor. Das Wachstum dauert auch in Kriens länger als erhofft und auch etwas länger geplant. Ein weiterer Punkt der Sorge bereitet, ist die personelle Situation im Baudepartement. Wie man auf Seite 17 sehen kann, konnten die budgetierten Stellen wieder nicht besetzt werden. Es wurden sogar Stellenprozente reduziert wegen Pensenreduktionen. Wie man weiss, ist die Belastung im Baudepartement sehr gross. Die Situation wird noch verschärft durch den Zentrumsbau und die Bautätigkeiten in LuzernSüd und die Pendenzen im Hochwald. Dass es in dieser Situation nicht gelingt, offene und bewilligte Stellen zu besetzen, ist für die Grüne/JG-Fraktion alarmierend und sie befürchtet, dass sich die Situation im Baudepartement nicht bessert. Hier steht der gesamte Gemeinderat in der Verantwortung und muss aktiv werden, damit sich die Situation endlich verbessert. An dieser Stelle auch noch ein paar Worte zur hohen Pro-Kopf-Verschuldung und zum aufgebrauchten Eigenkapital. Alle Parteien haben das Zentrum gewollt, die SVP war für eine Etapierung, und das Volk hat klar ja gesagt dazu. Alle im Rat haben gewusst, dass dies nur mit einer massiven zusätzlichen Verschuldung möglich ist. Selbstverständlich darf man darauf hinweisen. Aber jetzt zu jammern oder gar Sofortmassnahmen zu fordern ist nicht angebracht und deutet darauf hin, dass man die Vorlage zum neuen Zentrum nicht genau genug gelesen oder verstanden hat. Momentan ist man im Rahmen der Planung und alle wissen, dass es noch dicker kommen wird, es sind noch nicht alle Investitionen ausgelöst worden. Aber ein Unternehmen das nicht investiert ist tot und bei einer Gemeinde ist das genauso. Die Rechnung wird jeweils von einer externen Revisionsstelle und dann auch noch von der kantonalen Aufsichtsbehörde geprüft. Sowohl die Rechnung wie auch die Strategie der ausserordentlichen Investitionen und der resultierenden Verschuldung wurden gutgeheissen. Auch von daher ist man auf Kurs. Die Grüne/JG-Fraktion ist für Eintreten und wird der Rechnung zustimmen.

Thomas Lammer stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann. Der Sprechende möchte in der Detailberatung so vorgehen, dass nicht jede Seite einzeln durchgegangen wird, sondern anhand des Inhaltsverzeichnisses.

Detailberatung

Seite 17

Erich Tschümperlin hat im Stellenplan gesehen, dass dort ein Sollbestand von 36.6 Stellen steht aber nur 35.55 effektiv ausgeschöpft wurden. Konnte man diese Vakanzen beheben?

Gemäss Matthias Senn sind in der Zwischenzeit alle Vakanzen behoben. Die grösste Differenz war bei der Abteilung Liegenschaften/Bau. In der Zwischenzeit hat man zwei Ressortleiter gefunden und man ist wieder voll besetzt. In der Abteilung Planungen/ Baugesuche ist es tatsächlich so, dass es unter dem Jahr gewisse Veränderungen aufgrund einer Kündigung gab. In diesen drei Monaten der Kündigungsfrist hat man niemanden gefunden, welcher diese Qualifikationen hat. Per Ende 2015 waren aber wieder alle Stellen besetzt. Auch konnte man einen zusätzlichen Baupolizisten anstellen, welcher mit dem Budget 2015 bewilligt wurde.

Bruno Bienz findet die Anschuldigungen der FDP betreffend den Heimen daneben. Jedes SGK-Mitglied erhält 3x im Jahr ein Reporting mit allen wichtigen Kennzahlen der Heime. Diese sind sehr transparent und werden auch nach Bern geliefert. Dies ist ein offizielles Dokument. Der Sprechende findet es nicht in Ordnung, wenn gesagt wird, dass die Fragen nicht beantwortet werden. Ebenfalls in der SGK Sitzung wird der Heimleiter eingeladen und man kann dort zusätzliche Fragen stellen.

Seite 57

Alfons Graf sind die massiven Lohnkosten der KESB aufgefallen. Dort gibt es 7.1 Stellenprozente. Diese haben die Gemeinderatslöhne bald eingeholt. Hat der Gemeinderat dort Einfluss auf die KESB oder ist dies eine übergeordnete Stelle?

Lothar Sidler erklärt, dass im Stellenplan der SOLL-Bestand sowie der IST-Bestand der KESB von 7.1 Stellen ersichtlich ist. Dort wurde also nichts verändert. Der Lohn ist sogar um Fr. 10'000 tiefer als budgetiert. Wenn man nun die Rechnung monieren möchte, stellt sich der Sprechende die Frage: Warum hat man das Budget nicht moniert und die entsprechenden Fragen gestellt? Der Sprechende kann jedoch nachschauen, wie sich diese Besoldung zusammenstellt und kann ein Detail der SGK abliefern.

Seite 79

Roger Erni weist darauf hin, dass die FGK noch eine Antwort offen hat von Lothar Sidler zur Position 3, 4100036401. Dort ist ein Budget von Fr. 0.00 sowie ein Aufwand von weit über Fr. 300'000.00 ersichtlich.

Lothar Sidler erklärt, dass im Jahr 2013 diese Position noch nicht existierte und noch nicht budgetiert wurde. Bei den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen ist eine Differenzierung von zwei Positionen vorzunehmen nämlich ausserkommunale Heime und private Institutionen. Man hat eine zusätzliche Differenzierung von diesen beiden Positionen vorgenommen. Die Position gemischtwirtschaftliche Unternehmungen geriet nicht in Vergessenheit sondern ging im Rahmen von der Budgetierung auf. Es hat eine Reduktion auf beiden Positionen stattgefunden, was bestätigt, dass die 4100036401 eine Differenzierung ist von diesen beiden Positionen. Darunter werden die Dienstleistungen der VIVA Luzern verbucht. Dies ist das einzige Unternehmen, welches gemischtwirtschaftlich geführt wird. In den Jahren zuvor wurde die VIVA bei den ausserkommunalen Heimen verbucht. Im Jahr 2017 wird das weiterhin so berücksichtigt werden.

Bruno Bienz erläutert, dass nach dem Jubiläum versprochen wurde, dass im Schloss Schauensee die Finanzzahlen aufwärts gehen werden. Im 2015 muss man immer noch feststellen, dass die Einnahmen knapp die Personalkosten decken, obwohl man nun auch im Schloss heiraten kann und dies sicher einen Mehrwert generiert. Ausser diesen Hochzeiten sieht aber die Reservierung sehr „Scheiter bis bewölkt“ aus. Im Monat Mai gibt es keine Reservation an einem Samstag oder Sonntag. Auch die Reservationen für das ganze Jahr, stimmen den Sprechenden nicht euphorisch. Was macht die Gemeinde oder auch der Verein Pro Schauensee um die Ertragslage zu verbessern? Der Sprechende findet es peinlich, dass die jährliche Messe an der Auffahrt auf dem Parkplatz stattfindet und nicht im Schlossgarten. Damit sich der Gemeinderat zu diesem Thema Gedanken machen kann, wird der Sprechende nach der Sitzung ein Postulat zu diesem Thema einreichen.

Judith Luthiger-Senn hat auf der Verwaltung abgeklärt, warum die Erträge so aussehen. Die letzten drei Jahre wurden miteinander verglichen. In einem Jahr war das Jubiläum, dort hatte man weniger Vermietungen wegen dem Jubiläum. Im Jahr 2014 waren die Erträge etwas höher und im Jahr 2015 wieder etwas tiefer. Zurückzuführen wäre diese Abnahme vielleicht auf die Platzbeschränkung, denn es dürfen nur 50 Personen im Schloss sein. Es gibt viele Anfragen für eine Veranstaltung, jedoch ist die Begrenzung von 50 Personen ein Handicap. Auch die Finanzsituation ist ein Problem. Im Finanz- und Aufgabenplan war es ein Thema den Schlossgarten zu machen, damit man auch Veranstaltungen im Schlossareal durchgeführt

werden könnten. Dies fiel aus finanziellen Überlegungen wieder weg. Dieser Aufwand wurde aufgrund anderer Prioritäten nach hinten verschoben. Der Verein Pro-Schauensee ist das Problem bewusst. Die Sprechende hat dies bereits mit dem Verein angeschaut. Man ist dabei jedes Jahr wieder Veranstaltungen zu machen. Man hatte sehr grossen Erfolg mit dem Tag der offenen Tür. Diesen gibt es 2x im Jahr mit drei Führungen. Durch diese Führungen konnte man Hochzeiten zusätzlich gewinnen. Auch im Internet ist man aktiv. Jedoch ist es so, dass man mit limitierten Mitteln nur limitierte Möglichkeiten hat. Mit dem Finanz- und Aufgabenplan hat man wieder einen Budgetposten aufgenommen.

Räto Camenisch findet, dass das Schloss Schauensee gut verwaltet wird. Leider ist es so, dass die Zahlen nicht mehr stimmen und man einiges machen müsste. Man hat ein Beispiel in der Gemeinde und zwar das Museum im Bellpark. Dort hat man den Turnaround geschafft, indem man eine Strategieänderung vorgenommen hat. Nun gibt es einen Vorstoss. Dies wäre nun genau die Möglichkeit, um über so etwas nachzudenken, ob die Form, wie es heute verwaltet wird, zukunftsfähig ist. Man könnte schauen, ob ein Verein mit neuen Ideen etwas erreichen könnte. Der Sprechende ist davon überzeugt, dass wenn dies jemand macht, welcher auch Profit macht, wird das ganz anders aussehen.

Lothar Sidler möchte sich nochmals zu der Pflegefinanzierung äussern, da vorhin Bedenken geäussert wurden betreffend den Abrechnungen der Heime. Die Heime Kriens budgetieren und berechnen ihre Kosen nach Formular, welcher der Dachverband der Luzerner Heime vorgibt. Diese Formulare heissen Formular 3 und Formular 10. Darin werden drei Zahlenkombinationen ermittelt: Die Vollkosten, die Pflegekosten und die Aufenthalts- und Betreuungskosten. Das sind die Angaben welche der Gemeinderat im Rahmen vom Budgetprozess erhält. Dies ist dasselbe, was man im Rahmen der Schlussabrechnung wieder erhält. Es kann dabei Differenzierungen geben. Die Schwierigkeit beim Budgetieren ist die Anzahl der Personen, welche in den Heimen betreut werden festzulegen und zu erkennen, welche Pflegestufe diese Personen haben. Diese können von Besa-Stufe 4 bis Besa-Stufe 12 alles haben. Auch muss man schauen, wie viele Leute in diesen Heimen abgewickelt werden. Dies ist abhängig davon, wie viele Personen sterben und wie viele dann nachrücken. Dies kann man nicht abschätzen, da man nicht in die Zukunft blicken kann. Deshalb sind in der Abrechnung Erfahrungszahlen festgehalten. Dies ergibt dann einen Budgetbetrag und dieser Betrag wird dann eingesetzt. Es gibt nun grössere Differenzen zwischen dem Budgetbetrag und dem Rechnungsbetrag. Wie mit den Heimen vereinbart, wird für die Pflegekosten eine Nachkalkulation gemacht. In diesem Zusammenhang werden die Vollkosten, die Pflegekosten und die Aufenthalts- und Betreuungskosten nach dem effektiven Stand abgerechnet. Dies wird zu einer Differenz führen. Aufgrund dessen sieht man, ob zu viel oder zu wenig Pflegekosten eingenommen wurden. Falls die Gemeinde den Heimen zu viele Pflegekosten bezahlt hat, wird es eine Rückerstattung geben. In diesem Jahr waren es Fr. 314'000.00 welche zurück an die Gemeinde bezahlt werden. Es besteht die Möglichkeit, dass dies intern verrechnet wird. Dies ist jetzt noch nicht geklärt. Es ist nicht so, dass wenn die Gemeinde oder die Heime falsch budgetiert haben, dass die Heime den ganzen Betrag behalten kann, sondern es wird im Rahmen der Nachkalkulation alles neu berechnet und eine Rückerstattung ausbezahlt. Bei den Aufenthaltskosten kann es deutlich höhere Beträge geben, als man budgetiert hat. Dies betrifft jedoch die Gemeinde nicht, da Aufenthalts- und Betreuungskosten von den Patienten getragen werden. Es ist schwierig nachzuvollziehen, wie die Pflegefinanzierung gerechnet wird. Der Sprechende hat den Heimleiter gebeten der SGK aufzuzeigen wie das Ganze gerechnet wird. Letztes Jahr hat man gesagt, dass Mitte Jahr 2015 die MIGEL-Produkte (Pflegeprodukte) nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden. Entsprechend hat man dies budgetiert, da dies eine Einnahme war, welche danach nicht mehr fliesst. Mitte Jahr kam der Entscheid, dass die MIGEL-Produkte bis Ende Jahr durch die Krankenkassen weiterbezahlt werden. Dies gab also einen höheren Ertrag. Anfangs Jahr 2016 kam ein Schreiben, dass die MIGEL-Produkte weiterhin

von den Krankenkassen übernommen werden. Dies generiert ca. Fr. 180'000.00 Mehrertrag. Manchmal wird irgendetwas durch die Krankenkassen oder den Regierungsrat entschieden, was bestimmt ob man mehr oder weniger Ertrag hat.

Räto Camenisch hat eine traurige Mitteilung gelesen, nämlich dass immer mehr Heimbewohner in Konkurs gehen. Wäre es nicht möglich, dass man dies vor der nächsten Periode anschaut? Wie bekannt ist, müssen die Personen, welche ins Heim gehen, ihr Ersparnis auflösen und beziehen nachher Sozialhilfe. Der Sprechende wäre froh, wenn man wissen würde, dass nicht die Gemeinde an dieser Entwicklung schuld ist. Wenn dies als Entwicklung feststeht, muss man dem nachgehen. Dies ist eine soziale Sache, welche so nicht akzeptabel ist. Die MIGEL-Liste hat man erschaffen, damit für Materialien im ärztlichen und pflegerischen Bereich nicht Phantasiepreise verrechnet werden. Die MIGEL-Liste ist die Richtlinie für die SUVA und alle Krankenkassen. Diese MIGEL-Liste ist etwas ganz zentrales im Materialkodex. Der Sprechende ist sich sicher, dass diese MIGEL-Liste nicht abgeschafft wird. Hier muss ein Irrtum seitens des Gemeinderates vorliegen.

Gemäss Bruno Bienz hat man sich betreffend dem Konkurs in der SGK auch besprochen. Dies ist eine Entwicklung die stattfindet. Die Angehörigen haben keinen Skrupel mehr, dass der Verstorbene in den Konkurs läuft und die Kosten durch jemand anderen übernommen werden. Diese Tendenz nimmt leider zu. Hierbei ist die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers gefragt, welche Eltern im Pflegeheim haben.

Lothar Sidler erklärt, dass er sich etwas missverständlich ausgedrückt hat. Die MIGEL-Liste wird nicht abgeschafft. Die Frage war, wie sollen die Krankenkassen, die Produkte welche auf der MIGEL-Liste sind, den Heimen entschädigen? Daraufhin hat man auf der Stufe Bund entschieden, dass die Krankenkassen verpflichtet sind die MIGEL-Produkte mit einer Pauschale zu entschädigen. Daraufhin hat ein Krankenkassenverband herausgefunden, dass dieser Entscheid auf keiner gesetzlichen Grundlage basiert. Gewisse Krankenkassen haben dann entschieden, dass gewisse Produkte nicht mehr pauschal entschädigt werden. Nun gibt es Krankenkassen, welche dies noch so machen und andere wiederum nicht. Der Regierungsrat hat nun entschieden, dass bestimmte Krankenkassen im Kanton Luzern verpflichtet sind, die Produkte aus der MIGEL-Liste, weiterhin pauschal zu entschädigen.

Beat Tanner möchte, dass Lothar Sidler den Leuten zeigt, wie das genau funktioniert. Die Kosten werden auseinandergenommen zwischen der Hotellerie und der Pflege. Dort hat das Heim eine grosse Kompetenz, wie dieser Schlüssel verteilt werden kann. Die Hotellerie bezahlt der Bewohner resp. die EL oder die WSH oder durch die Pflegerestfinanzierung der Gemeinde. Man hat das letzte Jahr bereits zu viel bezahlt. Der Sprechende ist sich nicht sicher, ob dieses Geld wieder zu der Gemeindeverwaltung zurück geflossen ist. Es wäre auch mal gut, wenn die SGK sehen würde, wo man etwas verändern könnte und was es für die Gemeindefinanzierung heisst. Der Sprechende bittet Lothar Sidler etwas zu der Netto-WSH zu sagen, wie dies die nächsten vier Jahre weitergehen soll. Der Sprechende muss nicht wissen was dort alles enthalten ist, sondern wie sich der Nettoaufwand in den nächsten vier Jahren entwickelt.

Lothar Sidler stimmt Beat Tanner zu, dass man an den Stellen in den Heimen etwas ändern kann. Dies machen die Heime auch. Jedoch haben die Heime Kriens die Pflegekosten seit dem Jahr 2011 nie verändert ausser zum positiven. Sie konnten mit den Kosten runter kommen. Man konnte zweimal hintereinander pro Besa-Stufe Fr. 1.00 weniger verlangen. Somit

ist man auf einem guten Weg. Innerhalb der Gruppe K5 hat man beschlossen, dass die Heimrechnungen aller Gemeinden, nach einem einheitlichen Schlüssel kontrolliert werden. Dann sollte man auch Differenzen sehen können. Dies ist ein laufendes Projekt, welches vertiefte Abklärungen benötigt. Die gesetzliche Sozialhilfe wird in zwei Aufwandpositionen unterteilt. Die erste Position ist die normale wirtschaftliche Sozialhilfe welche beim allgemeinen Aufwand verbucht wird. Diese Zahl stieg in den letzten Jahren deutlich und ist nun wieder am Abflachen. Die andere Position ist die Sozialhilfe für Menschen in den Heimen. Diese Kosten sind nicht kontrollierbar. Das hängt damit zusammen, dass Personen welche ausserhalb der Gemeinde Kriens in einem Heim wohnen auch durch die Gemeinde Kriens mit WSH unterstützt werden. Es gibt immer mehr Personen, welche verarmt ins Heim eintreten, da sie entweder arm sind oder das Geld bereits ihren Nachkommen verschenkt haben. Dies ist auch ein Grund, warum Personen im Heim danach auf die wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind.

Beat Tanner möchte noch festhalten, dass man 7.3 Mio. Franken gebraucht hat und nächstes Jahr nur noch 7 Mio. Franken im Budget drin hat.

Franco Faé bedankt sich, auch für die kritischen Voten. Das Ganze ist eine komplexe Sache. Aus einigen kritischen Voten hörte der Sprechende manchmal versteckte Anschuldigungen an die Gemeinde. Dies darf man anbringen, jedoch wünscht sich der Sprechende, dass die Kritiker die Fakten auf den Tisch legen und genau sagen, was nicht richtig gemacht wird. Der Sprechende ist der Meinung dass das Personal fachlich einwandfreie Arbeiten abgeliefert. Roger Erni hatte das Gespräch mit der Firma TRUVAG, welche der Gemeinde ein gutes Arbeitszeugnis ausgestellt hat. Der Sprechende ist froh, wenn man sich mit Anregungen etc. direkt beim Gemeinderat meldet.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Jahresrechnung 2015, umfassend die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bestandesrechnung per 31. Dezember 2015 wird wie folgt genehmigt:

Laufende Rechnung

Gesamtertrag	Fr. 172'905'954.55
Gesamtaufwand	Fr. <u>174'311'871.47</u>

Aufwandüberschuss	Fr. 1'405'916.92
-------------------	------------------

Investitionsrechnung

Einnahmen	Fr. 1'993'519.88
Ausgaben	Fr. <u>31'587'761.56</u>

Nettoinvestitionen	Fr. 29'594'241.68
--------------------	-------------------

Bestandesrechnung per 31.12.2015

Aktiven und Passiven	Fr. 288'853'563.76
----------------------	--------------------

2. Der Jahresbericht 2015 des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 230/16:
Der Beschlusstext wird mit 24:2 Stimmen bei 8 Enthaltungen genehmigt.**

Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	Enthaltung
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	Enthaltung
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	Enthaltung
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

**5. Bericht und Antrag: Erlass neues Reglement über das Friedhof-
und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, 2. Lesung
Nr. 226/16**

Anita Burkhardt-Künzler erklärt, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für Eintreten des vorliegenden Reglements ist. Es ist wichtig und richtig, dass dieses Reglement an die aktuellen Bedürfnisse im Bestattungswesen angepasst und gestrafft wurde. Gemäss dem Antrag der Fraktion wurde das Reglement auf die 2. Lesung dahingehend geändert, dass der Artikel 9 angepasst wurde. Somit ist klar ersichtlich, dass in einem Erdbestattungsgrab wie bis anhin, zusätzliche Urnenbeisetzungen möglich sind. Ebenso wurde im neuen Reglement den Einwohnerinnen und Einwohnern von Kriens die Bestattungsart der kostenlosen Grabbenutzung zugesichert. Auch dies ist ein richtiges Statement. Zwar werden im Erlass des neuen Friedhofreglements die Bestattungen der „Sternenkinder“ als möglich aufgeführt, doch ist auch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass dies im Reglement noch zwingend festgehalten werden muss. Begrüssenswert ist ebenfalls, dass die vorliegende Fassung keine Wiederholung des kantonalen Rechts darstellt. Die neuen Bestattungsmöglichkeiten auf dem Friedhof Anderallmend mit der Baumgrabanlage und die Grünflächenanlage sind zeitgemäss und ästhetisch hochwertig umgesetzt worden. Somit besteht die Möglichkeit auch auf unterschiedli-

che Bestattungswünsche einzugehen. Selbst Verstorbene unterschiedlichen Glaubens können bestattet werden oder deren Bestattung mit Gemeindeverträgen abgedeckt werden. Dies ist eine saubere Lösung, ohne unnötige teure Alleingänge. In diesem Sinne dankt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat für die Überarbeitung dieses neuen Reglements und wird das vorliegende Reglement genehmigen.

Peter Portmann erläutert, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich mit dem neuen Reglement einverstanden ist. Der Antrag der Grünen wird jedoch abgelehnt. Es kann nicht sein, dass alles überreglementiert wird. Bis jetzt konnte man mit Eltern von verstorbenen Kindern immer eine Übereinstimmung finden und es war bis anhin kein Problem. Sollte man den Antrag der Grünen stattgeben, wird es irgendwann ein Reglement für die Bestattung von abgetriebenen Föten geben. Die SVP-Fraktion ist für das Eintreten und wird dem Reglement zustimmen.

Gemäss Beat Tanner tritt die FDP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein. Der vorliegende Bericht und Antrag sowie die angebrachten Änderungen widerspiegeln die Realität und sind zeitgemäss. Das Reglement wurde verschlankt, was seitens der FDP-Fraktion begrüsst wird. Sie hofft, dass die Gebühren kostendeckend gestaltet werden. Sie stimmt dem B+A sowie dem Antrag der Grünen zu.

Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, erklärt, dass es dem Gemeinderat ein Anliegen ist, die neuen Strömungen von Bestattungsarten aufzunehmen und Angebote bereitzustellen. Mit der Baumgrabanlage und dem Grünflächengrab wurden Alternativen erstellt, weshalb die SP/JUSO-Fraktion der Meinung ist, dass nichts gegen den Antrag der Grünen spricht. Damit werden die Wünsche der Angehörigen von Sternenkindern mit den heutigen Bestattungsmöglichkeiten abgedeckt. Die Anträge des Einwohnerrates aus der 1. Lesung wurden formuliert und ins verschlankte Reglement integriert. Die SP/ JUSO-Fraktion genehmigt das neue Reglement.

Bruno Bienz erläutert, dass die Grüne/JG-Fraktion für Eintreten ist und begrüsst die neuen Angebote. Nicht ganz zufrieden ist die Fraktion mit der Erhöhung der Gebühren. Es kann und darf nicht sein, dass die Bestattungskosten immer mehr in die Höhe getrieben werden. Die Bürger und Bürgerinnen reagieren sensibel auf solche Kosten. Da aber die Rechnung Bestattungswesen nicht so rosig aussieht, kann die Grüne/JG-Fraktion der Erhöhung zustimmen. Betreffend Sternenkinder ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die zur Verfügung stehenden Bestattungsmöglichkeiten ausreichen. Nach einem Gespräch mit einer betroffenen Mutter ist der Sprechende sich nicht sicher, ob das Bedürfnis zu einer speziellen Grabstätte für totgeborene Kinder vor der 22. Schwangerschaftswoche nicht wirklich vorhanden ist. Eltern haben in einer solchen Situation sehr selten die Energie und Kraft, sich um solche Dinge zu kümmern. Deshalb wäre es enorm wertvoll, wenn von Anfang an klar und selbstverständlich ist, wo und wie die Eltern ihre Tochter oder ihren Sohn bestatten können. Die Grüne/JG-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Wünsche der Angehörigen mit den zur Verfügung stehenden Bestattungsmöglichkeiten abgedeckt werden können und auch im Reglement definiert sein sollte. Nur so ist für alle Beteiligten das Angebot auch klar und selbstverständlich. Die Grüne/JG-Fraktion würde sich freuen, wenn der Einwohnerrat dieses Anliegen unterstützen könnte. Sie ist einstimmig für die Genehmigung dieses Reglements und hofft, dass die neuen Bestattungsmöglichkeiten eine grosse Resonanz haben. Einige positive Stimmen zeigen, dass das Angebot sehr wohlwollend aufgenommen wird.

Kathrin Graber hat vernommen, dass die FDP kostendeckende Gebühren möchten. Die Sprechende ist auch der Meinung, dass die Bestattung etwas kosten muss. Es ist aber nicht gut zu sagen, dass alles kostendeckend sein muss. Wie vorhin gehört, gehen ältere Leute oder verstorbene Leute in Konkurs. Dies ist natürlich auch wieder ein Element, was dazu führen kann, dass wenn die Gebühren so hoch sind, dass man die Angehörigen wieder in den Konkurs treibt. Die Sprechende möchte daran erinnern, dass die FDP zu einem früheren Zeitpunkt wollte, dass die Pflögetaxen nach oben gehen. Mit dem Wort kostendeckend muss man aufpassen. Man sollte zuerst schauen, was dies für Auswirkungen haben wird.

Beat Tanner geht davon aus, dass wenn man die Bestattung nicht bezahlen kann, bezahlt es die Gemeinde. Beispielsweise übernimmt die Stadt Luzern bei mittellosen Verstorbenen die Kosten. Jedoch wenn dies jemand bezahlen kann und dies aus der Erbmasse heraus möglich ist, soll dies so bezahlt werden.

Cyrill Wiget bedankt sich beim Einwohnerrat, dass er diesem Reglement wohlwollend gegenüber steht. Es gibt etliche Leute, welche am neuen Hain Interessen anmelden. Insofern ist es gut, wenn das Reglement heute in Kraft gesetzt werden kann. Im regionalen Vergleich wurden die Kosten angeschaut und man ist absolut im Benchmark. Gemäss Ruth Niederberger ist die Gemeinde Kriens nicht weit von einer Kostendeckung entfernt. Der Gemeinderat schlägt vor, dass man bei diesen Kosten bleibt und heute nichts mehr ändert. Selbstverständlich kann man wieder nachjustieren, falls dies nötig ist. Im Sinne vom Gemeinderat ist der Antrag der Grünen. Dies ist eine kleine Anpassung, welche man mit einem Satz ergänzen kann.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um die 2. Lesung handelt, gibt es kein eigentliches Eintreten. Es wird mit der Detailberatung begonnen.

Detailberatung

Art. 11 Bestattung togeborener Kinder

Bruno Bienz stellt den Antrag für einen zusätzlichen Artikel: *Kinder, die tot geboren werden, dürfen in den zur Verfügung stehenden Bestattungsmöglichkeiten bestattet werden.*

Katja Staub opponiert diesem Antrag. Die Sprechende findet es schwierig, wenn alles reglementiert wird. Bruno Bienz hat nur von einem einzelnen Fall gesprochen. Momentan ist dies noch kein Problem, aber was geschieht wenn eines Tages ganz viele Kinder z.B. durch eine Krankheitswelle oder durch die Flüchtlingsströme togeboren werden und man diesen dann ein Grab zur Verfügung stellen muss? Wenn man alles reglementiert muss man plötzlich auch für abgetriebene Föten ein Grab zur Verfügung stellen.

Anita Burkhardt-Künzler meint, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für diesen zusätzlichen Artikel ist. Es sind nicht nur einzelne Fälle, welche es betrifft. Die Sprechende hat diese Situation bereits selber erlebt. Es ist tragisch, wenn man darum kämpfen muss, dass man sein Kind beerdigen darf. In solchen Trauerfällen leiden die Eltern sehr. Um diesen Eltern eine kleine Last abzunehmen, wäre dies ein kleiner Abschnitt welcher im Reglement ergänzt werden würde. Nun hat man die Möglichkeit dies relativ unbürokratisch zu ergänzen.

Bruno Bienz findet es problematisch, dass die Gesetzgebung dies nicht vorgesehen hat. Am 5. Juni 2016 wird über die Zellenuntersuche abgestimmt. Für totgeborene Kinder ist aber nichts geregelt. Der Bundesrat hat ebenfalls erkannt, dass dies ein Problem darstellt. Da man momentan dabei ist ein neues Reglement zu erstellen, wäre er der ideale Zeitpunkt dies zu ergänzen. Die Totgeborenen, welche vor der 22. Schwangerschaftswoche auf die Welt kommen, gelten laut Gesetz nicht als Kinder. Dabei liegt das Problem. Der Sprechende versteht die Problematik der SVP nicht.

Katja Staub denkt daran, dass in einem Jahrzehnt eine Flüchtlingswelle kommen könnte und diese Frauen gestresst sind und deshalb diverse Totgeburten haben. Dann muss man für jedes tote Kind ein Grab geben. Es könnte auch sein, dass es plötzlich eine Krankheit gibt, dass Frauen ihre Kinder tot gebären. Die Sprechende dachte, dass es bis anhin kein Problem war ein Grab zu bekommen, falls man dies wünschte.

Christine Kaufmann-Wolf findet die Unterhaltung hier langsam geschmacklos. Wenn Kinder tot geboren werden, trauern die Eltern die trauern. Das Thema Asylpolitik und die Aussagen mit den Asylbewerbern dürfen nicht mit dem Krienser Friedhofsreglement in Verbindung gebracht werden.

Robert Marty erläutert, dass auch er Christ sei, obwohl er in der FDP ist. Für den Sprechenden hat jeder Mensch, ob klein oder gross, ob jung oder alt eine anständige Beerdigung zugute. Wenn das Baby tot auf die Welt kommt, soll dieses bestattet werden können, ob es reglementiert ist oder nicht. Jeder Mensch hat dies zugute und der Sprechende möchte nicht, dass dies in Kriens anders ist.

Bei Zustimmung zum vorstehenden Artikel verschieben sich die Artikelnummern entsprechend.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (kein Antrag) gegenüber Antrag Grüne/JG (neuer Artikel 11):

Mit 29:3 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag der Grüne/JG angenommen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	Enthaltung
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja

Nyfeler, Nicole	n.t.
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Das Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens wird genehmigt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 226/16:
Der Beschlussestext wird mit 33:0 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	n.t.
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Zosso, René

ja

6. Bericht und Antrag: Bauabrechnung Werterhaltung Schulanlagen 2. & 3. Etappe: Roggern 1+2, Krauer & Feldmühle Nr. 229/16

Gemäss Martin Heiz wurden die hohen Zusatzkredite in der Eintretensdebatte in der Baukommission bemängelt. Die Bauabrechnung hat nur ein Minus, weil eben diese Zusatzkredite durch den Gemeinderat bewilligt wurden. Eigentlich ist gegenüber dem bewilligten Kredit des Einwohnerrates ein Plus von fast Fr. 690'000.00 auszuweisen. Man war der Meinung, so wird die Bauabrechnung beschönigt. Doch dieser Baukredit stammt aus dem Jahre 2010. Die Bedürfnisse der Schule haben sich während dieser Zeit geändert. Doch handelt sich bei diesem Kredit ja auch um eine Sanierung. So wurden auch bauliche Mehraufwendungen nötig, die man so nicht vorhersehen konnte. Die Baukommission führte auch eine Prüfung dieser Abrechnung durch. Das Bauen generell hat man im Griff, doch die Bedürfnisse der Schule wurden während dieser Zeit immer höher. Das Baudepartement hat dann diese Bestellungen der Schule ausführen müssen. Es wurde dann noch auf die einzelnen Schulhäuser eingegangen und erklärt warum und wieso es in einzelnen Posten zu Abweichungen gekommen ist und warum und für was ein Zusatzkredit benötigt wurde. Die Baukommission stimmt der Bauabrechnung einstimmig zu und empfiehlt die Genehmigung dieser Abrechnung.

Viktor Bienz, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, erklärt, dass man mit Genugtuung feststellen konnte, dass es bei allen Projekten eine Kostenunterschreitung ergeben hat. Es wurde aus der rollenden Planung, welche bereits in Jahr 2008 mit Vorsondierungen begonnen hat, Zusatzkredite benötigt und vom Gemeinderat bewilligt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es richtig, dass man während einer Bauphase auf neu Standarte bei den Schulräumen und Ansprüche bei der Infrastruktur reagieren kann und auch reagiert wird. So wurde während der Planung bekannt, dass im Krauer Schulhaus die Sportschule die Räume beziehen wird. Zudem war das Flachdach eine Herausforderung und die gebäudetechnischen Aufgaben bezüglich Brandschutz und Elektroinstallationen werden anspruchsvoller und teurer. Im Weiteren erfolgte eine Strategieänderung bei der Schulraumplanung. Somit sind die Zusatzkredite aus der Sicht der Fraktion gerechtfertigt und sinnvoll eingesetzt worden. Nachträgliche Abänderungen sind bekanntlich meistens teurer. Leider ist aus Kostengründen ein Wärmeverbund im FW/Werkhof und Feldmühle nicht realisierbar gewesen. Der Sprechende bedankt sich bei den Verantwortlichen für die gute Arbeit. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stimmt dem B+A zu.

Martin Heiz erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Dies ist wieder ein Kredit, welcher auf die Seite gelegt werden kann. Die Schulhäuser sehen gut aus. Es konnte alles geklärt werden, warum man wo was getätigt hat.

Gemäss Daniel Rösch tritt die FDP-Fraktion, auf den B+A ein und stimmt der Bauabrechnung zu. Die Sanierung der Schulanlagen war nötig und das Ergebnis dieser Sanierung stellt auch eine entsprechende Aufwertung dar. Grundsätzlich ist auch die Kombination der Sanierung mit der strategischen Neuausrichtung der Schule positiv. Die FDP-Fraktion findet die Handhabung mit den Zusatzkrediten unglücklich und hätte sich einen transparenteren Informationsfluss gewünscht. Aus diesem Grund nimmt die FDP-Fraktion die ausgewiesene Kostenunterschreitung der Bauabrechnung mit Vorsicht zur Kenntnis.

Laut Yasikaran Manoharan kann sich die SP/JUSO-Fraktion nur teils über die Kostenunterschreitung freuen. Tatsache ist, dass der Einwohnerrat im März 2010 einen Baukredit von Fr. 9'797'000.00 bewilligt hat, nun aber die totalen Baukosten Fr. 10'468'000.00 entsprechen. Das sind Fr. 689'000.00 mehr als budgetiert. Für einige erwähnte Zusatzkredite hat die SP/JUSO-Fraktion durchaus Verständnis. Wie beispielsweise für schulspezifische Anliegen oder Nutzungsänderungen, die so nicht voraussehbar waren. Die Planung für die Sanierung hat schliesslich schon 2008 gestartet. In den darauf folgenden Jahren haben sich die Nutzungsanforderungen teils geändert. Gruppenräume, Halbklassenzimmer oder die integrative Sonderschule musste zur Verfügung gestellt werden, sowie technische Ergänzungen wie E-Corner oder Beamer. Hingegen hat die SP/JUSO-Fraktion weniger Verständnis für die Zusatzkredite hinsichtlich baulicher Massnahmen, wie die undichte Fensterfront der Schwimmhalle oder die notwendigen Sanierungsmassnahmen der Kanalisations- und Entwässerungssysteme bei der Schulanlage Roggern. Solche und andere Mängel hätte man auch frühzeitig bei der Bestandsaufnahme erkennen und somit budgetieren können. Die SP/JUSO-Fraktion schätzt den Versuch, einen Wärmeverbund zwischen dem Werkhof Eichenspes und der Schulanlage zu realisieren und so mögliche Synergien zu nutzen. Leider konnte dies aus technischen und finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Die SP/JUSO Fraktion wird der Bauabrechnung zustimmen.

Gemäss Raoul Niederberger, Grüne/JG-Fraktion, hat der Einwohnerrat im März 2010 einen Kredit von gut 9 Mio. Franken für die Werterhaltung der Schulanlagen 2. und 3. Etappe der Schulanlagen Roggern, Krauer und Feldmühle genehmigt. Heute wird die Bauabrechnung präsentiert, mit welcher die Grüne/JG-Fraktion zufrieden ist. Die genehmigten Baukredite inkl. Zusatzkredite und Teuerung beliefen sich am Ende auf rund 10.6 Mio. Franken dem gegenüber beliefen sich die totalen Baukosten am Ende auf gut 10.48 Mio. Franken. Es resultierte eine Kostenunterschreitung von ca. Fr. 147'000.00. Dieses Ergebnis begrüsst die Grüne/JG-Fraktion sehr. Trotzdem möchten man noch einige Punkte anmerken. Die Zusatzkredite wurden bereits mehrmals angesprochen. Nach dem der Einwohnerrat den Kredit von rund 9.8 Mio. Franken genehmigt hatte, mussten vom Gemeinderat mehrere Zusatzkredite in der Gesamthöhe von Fr. 735'000.00 genehmigt werden. Der Grossteil dieser Zusatzkredite wurde im Zusammenhang mit Anpassungen in der Schulraumplanung gesprochen. Dies wurde nötig, weil sich die Bedürfnisse im Bildungswesen seit Beginn der Planung im Jahr 2008 verändert hatten. Die Grüne/JG-Fraktion findet es richtig und gut, dass der Gemeinderat die Anliegen des Bildungswesens ernst nahm und sich bereit zeigte in eine qualitative Schulbildung zu investieren. Die Bildung ist eine der wichtigsten Aufgaben, eine gute und moderne Infrastruktur ist deshalb sehr wichtig. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der Gemeinderat die sich veränderten Bedürfnisse im Bildungswesen nicht schon früher hätte erkennen können. So dass die dafür nötigen Zusatzkredite nicht hätten gesprochen werden müssen, sondern die Gelder schon mit dem ursprünglichen Kredit des Einwohnerrates hätten genehmigt werden können. Der Sprechende erklärt, dass die Grüne/JG-Fraktion es schade findet, dass bei der Schulanlage Feldmühle, die Realisierung eines Wärmeverbundes mit dem Zentrumsprojekt Feuerwehr / Werkhof aus Kostengründen nicht zustande kam. Jedoch begrüsst die Grüne/JG-Fraktion es sehr, dass eine Holz-Pelletheizung anstelle der alten Ölheizungsanlage realisiert wurde. Es ist wichtig, dass die Gemeinde auch in ökologischen Fragen einen Schritt voraus geht und eine Vorbildfunktion einnimmt. Mit einer Holz-Pelletheizung hat sich die Gemeinde für eine nachhaltige und ökologische Lösung entschieden und hat ihre Rolle als Vorbild betreffend solcher Fragen wahrgenommen. Alles in allem ist die Bauabrechnung, so wie sie heute präsentiert wird, wie bereits erwähnt, zu begrüßen. Die Grüne/JG-Fraktion ist deshalb dafür die Bauabrechnung Werterhaltung Schulanlagen – 2- und 3. Etappe zu genehmigen.

Räto Camenisch möchte auf die Zusatzkredite zurückkommen. Es ist schwierig Abrechnungen zu beurteilen, wenn solche Zusatzkredite drin vermerkt sind. Der Sprechende möchte

diese Zusatzkredite nicht kritisieren, da man flexibel sein muss und Bauten so ausführen muss, damit sie befriedigen. Könnte man dies in der Abrechnung nicht anders darstellen? Bei jedem einzelnen Bau hat man ein positives Ergebnis, was Augenwischerei ist für die Parlamentarier. Es wäre viel klarer, wenn die Baukosten aufgelistet werden und somit ein Minus entsteht. Dann wäre es viel transparenter. Es ist legitim wie es vorgelegt wird jedoch die Form befriedigt nicht so.

Matthias Senn bedankt sich für die positiven Würdigungen der Bauten und der Bauabrechnung. Es gab diverse Gründe, warum sich alles in die Länge gezogen hat. Der Sprechende kann versprechen, dass man nun aktueller ist. Das Amlehn Schulhaus, welches kürzlich fertiggestellt wurde, wird bald im Einwohnerrat behandelt. Matthias Senn möchte nicht allzu viele Pendenzen Franco Faé übergeben, wenn dieser die Liegenschaften im Herbst übernimmt. Betreffend den Zusatzkrediten sind die Bemerkungen aus dem Einwohnerrat berechtigt. Bei Umbauten gibt es höhere Risiken, welche man nicht in der Planung vorher sehen kann. Man kann nochmals schauen, ob es eine andere Darstellung gibt, die transparenter ist. Der Wärmeverbund ist nicht wegen Kostengründen gescheitert, sondern weil die Ergiebigkeit der Warmwassergewinnung im Eichenspes ausreicht. Das Feuerwehrgebäude wird nun mit dem Grundwasser geheizt. Dies hätte aber nicht noch für das Schulhaus gereicht.

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass man früher eine Strategieänderung vorgenommen hat. Dabei wurde IF eingeführt und es hat Gruppenzimmer gebraucht. Wenn man Werterhaltungen an einem Schulhaus tätigte, musste man diese Gruppenräume/ IF-Zimmer umsetzen. Früher hat man auch an mehreren Schulhäusern tranchenweise gearbeitet. Heutzutage arbeitet man an einem Schulhaus und macht dieses fertig. Ein weiterer Strategiewechsel ist, dass man heute auch die Umgebung der Schulhäuser anschaut. Früher gab es zwei Kredite, nämlich einer für das Schulhaus und einer für die Umgebung. Die Schulraumplanung wird mit einem Bericht an der Einwohnerratssitzung vom Juni behandelt.

Thomas Lammer stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Thomas Lammer liest den **Beschlussestext** vor:

Die Bauabrechnung „Werterhaltung Schulanlagen - 2. und 3. Etappe“ im Betrag von Fr. 10'486'099.30 wird genehmigt.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 229/16:

Der Beschlussestext wird mit 33:0 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja

Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	n.t.
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schmutz, Manuel	ja
Schwizer, Roland	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

7. Bericht Postulat Graber: Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde Nr. 176/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Kathrin Graber erläutert, dass die heutige Tendenz ist, dass die Gemeinde verschiedene Aufgaben auf Organisationen ausserhalb der Gemeinde überträgt. Stichworte sind die Gründung von AG's, Genossenschaften oder auch die Gründung von Gemeindeverbänden. In der Gemeinde Kriens sind dies beispielsweise der Gemeindeverband Real, die Genossenschaft „Wohnen im Alter in Kriens“, die Sonnenbergbahn oder die Industrie-Geleise-Genossenschaft Horw-Kriens. Die Gemeinde ist jeweils immer mit einem bedeutenden Kapital beteiligt. Daher ist es aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion sehr wichtig, dass Kriens sich bei diesen Beteiligungen überlegen soll, welche Strategie bei dieser Organisation verfolgt und in welche Richtung die Organisation gesteuert wird. Bei gewissen Organisationen wird bereits in diese Richtung in der Rechnung der Gemeinde informiert. Dort sind immerhin die Höhe der Beteiligung bei einem Teil der Beteiligungen und die Namen der Delegierten publiziert. Diese sogenannte „Eignerstrategie“ soll auch dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden. Der Gemeinderat verweist auf das künftige Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden. Dieses sieht vor, dass die Gemeinden für ihre Beteiligungen Eignerstrategien festlegen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst es, wenn der Gemeinderat nicht das Inkrafttreten dieses kantonalen Gesetzes abwartet, sondern bereits im laufenden und im nächsten Jahr die bestehenden Eignerstrategien prüfen und fehlende Strategien ergänzen wird. Dies will er erstmals in der Jahresrechnung 2017 machen. Das scheint zeitlich realistisch zu sein und diese Absicht unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Sie erwartet jedoch, dass der Gemeinderat vor der Jah-

resrechnung 2017 darüber informiert, wie die Umsetzung verläuft und was publiziert werden soll. Die Sprechende bedankt sich im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Gemeinderat für den Bericht und die Absicht, dass die Strategien überprüft und fehlende Strategien nachgeliefert werden.

Gemäss Alfons Graf hat der Gemeinderat auch mit diesem Vorstoss viel von seiner sonst schon kostbaren Zeit beansprucht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat sich in erster Linie für Geschäfte innerhalb der Gemeinde einsetzen muss. Da gibt es sicher genügend zu tun. Der Gemeinderat macht seine Aufgabe auch ausserhalb der Gemeinde nicht schlecht. Er zeigt diese Geschäfte jeweils in der Jahresrechnung offen. Das reicht vollkommen und deshalb braucht es keine Eignerstrategie. Darum findet die SVP-Fraktion diesen Vorstoss überflüssig.

Roger Erni erläutert, dass dies an der letzten Sitzung bereits besprochen wurde. Die FDP-Fraktion findet die Erläuterungen von Kathrin Graber gut. Man sollte sich 1-2 x im Jahr über solche Dinge austauschen. Der Sprechende findet, dass der Gemeinderat auf die Kommissionsmitglieder oder Präsidenten zugehen und informieren soll.

Die SP/JUSO-Fraktion findet laut Mario Urfer, dass das Anliegen der Postulantin gerechtfertigt ist, da die Gemeinde über 30 Beteiligungen hat, auch wenn die Gemeinde keine Beteiligung einer Geldanlage besitzt. Hierbei ist der Gemeinderat bereit inskünftig die Einwohnerrats-Kommissionen über die Beteiligungen zu informieren. Wenn das Gesetz ab 2018 über den Finanzhaushalt der Gemeinden in Kraft tritt, werden die neuen gesetzlichen Grundlagen HRM2 eine Eignerstrategie verlangen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist verständlich, dass der Gemeinderat bei den fehlenden Ressourcen die Arbeit nicht vorzieht.

Bruno Bienz meint, dass die Grüne/JG-Fraktion das Votum der CVP/JCVP/GLP-Fraktion wie auch das der FDP-Fraktion vollumfänglich unterstützt. Die Grüne/JG-Fraktion ist auch der Meinung, dass der Präsident der Kommissionen mehr einbezogen werden soll.

Erich Tschümperlin hat im Bericht gelesen, dass es 30 Beteiligungen gibt. Warum sind diese nicht aufgelistet? Dann würde man sehen, wo die Gemeinde überall dabei ist. Offensichtlich gibt es eine solche Liste. Der Sprechende hat in der Rechnung sechs Beteiligungen gefunden aber offensichtlich gibt es noch andere.

Kathrin Graber möchte nochmals ins Jahr 2015 zurückblenden als sie dieses Postulat eingereicht hatte. Der Auslöser war, dass man im Einwohnerrat lange über die Verselbständigung der Heime debattiert hatte und man hat auch dazumal über Eigenerstrategien gesprochen. Das war das erste Mal, dass man im Einwohnerrat davon gehört und darüber diskutiert hat. Damals hat man eine Bemerkung überwiesen, dass man die Eignerstrategie bei den Heimen auch zur Kenntnis haben möchte. Die Sprechende möchte, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat mit auf den Weg geben kann, was er sich vorstellt, wie die Heime als AG arbeiten sollen und welche Anforderungen erfüllt werden müssen. Die Sprechende hat sich gefreut, dass die SVP ausgesprochen hat, dass der Gemeinderat seine Aufgabe bei diesen Beteiligungen nicht schlecht macht. Dies ist ein schönes Kompliment seitens der SVP. Auch wenn der Gemeinderat seine Arbeit gut macht, findet die Sprechende trotzdem, dass das Parlament einen Anspruch darauf hat in diese Strategie mit einbezogen zu werden.

Räto Camenisch findet es gut, dass man schaut, was man überhaupt besitzt. Die Privatisierung der Heime wird eine gewaltige Leistung sein. Dies sprengt den Rahmen total. Man kann nicht verlangen, dass der Gemeinderat detailliert darüber Auskunft gibt. Dies wird dann eine spezielle und grosse Auseinandersetzung geben. Hier mit diesem Vorstoss einen kleinen Teil davon zu behandeln, findet der Sprechende nicht gut. Die Eigner und die Beteiligungen aufzuzeigen, dass man sieht wo die Gemeinde sich beteiligt, ist wichtig.

Beat Tanner erklärt, dass es ist nicht so sei, dass die Gemeinde Kriens dies nicht publiziert. Auf der Seite 27 und 35 ist alles aufgeführt, was man wissen muss. Diese Liste liegt also vor.

Kathrin Graber möchte Räto Camenisch noch erklären, dass man nicht etwas rausbricht, welches eine untergeordnete Bedeutung hat. Es geht um die Strategie. Wenn man die Eignerstrategie definiert hat, kann man daraus die Leistungsvereinbarungen abschliessen. Es hängt alles von dieser Strategie ab. Da finanziell hohe Beträge der Gemeinde Kriens dabei sind, ist es wichtig so etwas im Einwohnerrat zu diskutieren.

Bruno Bienz erläutert, dass nicht alles aufgeführt ist. Der Sprechende hat 16 Beteiligungen gefunden, jedoch ist die Rede von 30 Beteiligungen. Eine Liste mit den Beteiligungen und der Art der Beteiligungen wäre gut. Der Sprechende fordert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dazu auf, dass diese nochmals einen Vorstoss macht und eine solche Liste verlangt.

Rolf Schmid erlaubt sich als Präsident der Kommission für die Reorganisation des Einwohnerrates noch etwas dazu zu bemerken. In der neuen Geschäftsordnung, welche an der nächsten Sitzung behandelt wird, wird man sehen, dass dies eine wichtige Aufgabe von den Kommissionen ist. Dies ist die politische Aufsicht und auch die ganze Entwicklung und Strategie. Dieses Thema wird sehr stark behandelt, vor allem auch bei der Kommission für Finanz- und Gemeindeentwicklung. In diesen Bereichen kann man den Fokus darauf legen und entsprechende Fragestellungen an den Gemeinderat bringen.

Cyrill Wiget fand es eine interessante Auseinandersetzung. Dieser Vorstoss ist ein sinnvoller Vorstoss. Im Rahmen der Vernetzung und der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden werden immer mehr solche Zusammenarbeitsformen auf die Gemeinde Kriens zukommen. Auch weil man nicht alle Aufgaben In-House lösen kann. Der Gemeinderat ist dankbar, wenn der Einwohnerrat Verständnis dafür hat, dass man nicht alle Arbeiten gleichzeitig erledigen kann und dass es auch sinnvoll skaliert werden muss. Dass man die Listen nicht vorgängig abgegeben hat, hat der Gemeinderat bewusst so gemacht. Bei diesem Thema bleibt der Gemeinderat dran und es ist alles für die Zukunft geplant. Es gibt vermutlich mehr Beteiligungen als angenommen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Bericht Postulat Kaufmann: Betreuungsangebot an den Wochenenden für Kinder deren Eltern am Wochenende erwerbstätig sind

Nr. 178/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Christine Kaufmann-Wolf bedankt sich für die vorliegende Bedarfsabklärung. Diese Abklärungen sind nun zwar ausführlicher, doch wurden dennoch nicht alle Anspruchsgruppen und Umweltsphären berücksichtigt. Dies hätte dann eventuell ein anderes Bild abgegeben. Gemäss den durchgeführten Abklärungen gibt es keinen Bedarf an Kinderbetreuung an den Wochenenden für Kinder von erwerbstätigen Eltern. Dies ist für die Sprechende als Mutter sehr beruhigend. Dieser Bericht suggeriert, dass es keine Kinder gibt, welche an den Wochenenden alleine auf sich gestellt sind, selbständig eine Pizza in den Ofen schieben müssen und die Zeit vor dem Computer oder dem Fernsehen verbringen müssen. Anders sehen das die Sozialämter. Denn gemäss Abklärungen des Berichtverfassers und der Sprechenden wird von den Sozialämtern die Problematik der Kinderbetreuung bestätigt. So ist im Bericht nachzulesen, dass viele Klientinnen in Berufen tätig sind, welche Flexibilität für Wochenendarbeit verlangen. Sie müssen aus fehlenden Betreuungsangeboten immer wieder solche Arbeitsangebote ablehnen. Die Folgen sind dann eventuelle Bezüge von wirtschaftlicher Sozialhilfe. Das ist der ausschlaggebende Punkt, wieso dieses Postulat überhaupt eingereicht wurde. In der Vergangenheit wurden dazu bereits etliche Vorstösse dazu eingereicht wie z.B. Arbeit vor Sozialhilfe, Arbeit muss sich lohnen, Beschäftigung von Sozialhilfebezügler, Negativer Trend der Sozialhilfequote. Die Gemeinde Kriens liegt mit der Sozialhilfequote auf Platz 2 des ganzen Kantons. Eine Erklärung dafür ist, dass sich in urbanen Räumen Personengruppen konzentrieren, die besonders auf die soziale Wohlfahrt angewiesen sind. Ein Grund für den in der Gemeinde Kriens markanten Anstieg der wirtschaftlichen Sozialhilfe wird auch durch den Anstieg der zu unterstützenden Alleinerziehenden ausgelöst. Eine LUSTAT-Tabelle zeigt auf, dass in Kriens rund 28 % der Personen, welche wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen, in einem Haushalt von Alleinerziehenden leben. Gemäss einer Aussage von LUSTAT wird die wirtschaftliche Sozialhilfe bei Alleinerziehenden tendenziell weiterhin ansteigen und die Bezugsdauer sich verlängern. Für die Betroffenen wie auch für die Gemeinde Kriens ist es wichtig, dass diese hohe Sozialhilfequote dauerhaft gesenkt werden kann. Im Bericht werden auch die finanziellen Konsequenzen für eine Einführung aufgezeigt. Diese wären eine zusätzliche Belastung für den ohnehin schon engen Finanzrahmen der Gemeinde Kriens. Dazu wäre eine überregionale Zusammenarbeit das richtige Mittel. In der Zeitung vom 23. Januar 2016 war zu lesen, dass der Bundesrat den Vorschlag unterbreitet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit 100 Millionen Franken zu verbessern. Gleichentags nahm der Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf in der NLZ Stellung und teilte mit, dass die Vorlage des Bundes von Seiten des Kantons Luzern unterstützt wird. Es ist jedoch zu beachten, dass der Kanton Luzern sich nicht an den Finanzierungen von Kindertagesstätten beteiligt, denn diese Kompetenz liegt bei den Gemeinden. Daher sollen künftig die Gemeinden Subventionsgesuche einreichen und Finanzhilfe erhalten können. Ihre Frage an den Gemeinderat: Wie ist die Strategie des Gemeinderates, um an diesen Zustupf zu kommen? Zum Schluss eine kritische Reflexion in eigener Sache: Es darf sicherlich die kritische Frage gestellt werden, ob die Schaffung eines Betreuungsangebots an den Wochenenden tatsächlich eine Aufgabe der Gemeinde oder des Kantons Luzern ist. Das Subsidiaritätsprinzip fordert, wenn immer möglich Aufgaben von Privaten übernehmen zu lassen. Das heisst, der Staat muss sich entscheiden, ob er eine Aufgabe selber ausführen möchte oder diese an Private delegieren will. Die Umsetzung des Postulats benötigt zusätzlich finanzielle Ressourcen. In Anbetracht, dass in den Gemeinden wie auch beim Kanton Luzern massiv gespart werden muss, finden zusätzliche Forderungen kaum Gehör. Die Politik und Verwaltung ist angehalten, klare Prioritäten zu setzen. Die Spre-

chende ist jedoch überzeugt, dass das Anliegen auch in Zukunft eine Lösung fordern wird. Wahrscheinlich wird durch den Wandel der gesellschaftlichen Anliegen (Umweltsphären, Anspruchsgruppen) in näherer Zukunft ein Betreuungsangebot an den Wochenenden für Kinder von erwerbstätigen Eltern geschaffen werden. Heute ist die Zeit noch nicht reif dazu. Die Forderung ist der Zeit voraus.

Hans Fluder von der SVP-Fraktion erläutert, dass das Wochenendangebot, welches die KITA small foot GmbH in Luzern anbietet, gar nicht rege genutzt wird. Das Angebot wurde noch nie von mehr als 6 - 7 Kinder benutzt. Aktuell sind gerade mal vier Kinder angemeldet. Dies zeigt auf, dass der Bedarf nicht wirklich einem Angebot entspricht. Laut einer Umfrage hat ein grosser Teil der Männer ausgesagt, dass sie sich sehr gerne an der Kinderbetreuung beteiligen würden und deshalb eine Teilzeitanstellung in Kauf nehmen würden. Leider sei dies in ihrem Betrieb aber nicht möglich. Andererseits wurde auch eine Umfrage bei den Arbeitgebern getätigt, welche sich grundsätzlich bereit erklärt haben, ihren Mitarbeitern eine Teilzeitanstellung zu ermöglichen, nur sei die Nachfrage der Männer nicht konkret vorhanden. Da es sich um Wochenendarbeitstage handelt ist es einfacher möglich, dass sich ein Hütedienst aus den eigenen Reihen finden lässt und deshalb die Nachfrage nach einer Kinderbetreuung am Wochenende gar nicht wirklich stark gefragt ist. Vorzeigemodell ist zum Beispiel das neue Alters- und Pflegeheim in Emmen, welches ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine eigene KITA zur Verfügung stellt.

Gemäss Rita Berger-Hug, FDP-Fraktion, kann kein Bedarf für Wochenendbetreuung nachgewiesen werden. In den Städten Zürich und Bern, wo es ein Wochenendangebot besteht, sind Plätze nur bescheiden oder gar nicht belegt. In Ausnahmefällen sollte sich im Quartier, bei Gotten, Götti oder Grosseltern eine Lösung für die Betreuung der Kinder finden lassen. Es gibt sehr viele Kinder, welche ihre Freizeit vor dem Computer verbringen, obwohl die Eltern zu Hause sind. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass keine weiteren Schritte zu diesem Thema notwendig sind.

Die SP/JUSO-Fraktion findet laut Peter Fässler, dass sich die Arbeitswelt aufgrund flexibleren Arbeitszeiten, Trend zu länger Ladenöffnungszeiten und vermehrt Arbeit auf Abruf rasant verändert. Dies kommt hauptsächlich in Branchen mit Niedriglöhnen wie Verkauf und Gastgewerbe vor. Dies sind Bereiche in denen jeder Franken zum Überleben von Familien und Alleinerziehenden gebraucht wird und oft beide Elternteile zum Einkommen beitragen müssen. Da ist es nur natürlich, dass auch das familienergänzende Betreuungsangebot in Bezug auf diese Veränderungen überprüft werden soll. Nun liegt das sehr ausführliche Ergebnis dieser Überprüfung vor. Der SP/JUSO-Fraktion scheint es, dass dieser Vorstoss vom Gemeinderat sehr ernst genommen und die Abklärung serös angegangen wurde. Dafür dankt die SP/JUSO-Fraktion dem Gemeinderat. Das Ergebnis dieser breiten Abklärungen erstaunt nun aber schon. Fast keine der angefragten Institutionen und Gemeinden weisen ein Angebot für die Wochenendbetreuung aus. Dies weil bisher keine Nachfrage vorhanden war. Wo eine solche Betreuungsmöglichkeit vorhanden ist, handelt es sich meist um Interventionsmöglichkeiten in Notfällen. Die einzige KITA in der Stadt Luzern mit einer Samstagbetreuung ist nur schwach ausgelastet. Im krassen Gegensatz dazu steht die Aussage der Sozialdienste, die ein solches Angebot für ihr Klientel vermissen. Weshalb diese Diskrepanz? Fehlt es den Sozialdiensten an möglichen Druckmitteln gegenüber dem Klientel, damit sich diese nach einer Betreuungsmöglichkeit erkunden und in Folge davon einer Arbeitsmöglichkeit nachgehen können und somit die Kasse des Sozialamtes entlasten? Oder schätzen die Sozialdienste die Bedürfnisse ihrer Klientel anders ein als die Betroffenen selber? Die Antworten auf diese Fragen wären auch sehr spannend. Muss immer zuerst ein Angebot vorhanden sein, damit der Bedarf sichtbar wird? Die SP/JUSO-Fraktion verneint dies. Sollte aber ein Bedarf an Wochen-

endbetreuung oder ausgedehnteren Öffnungszeiten nachgewiesen werden, steht sie zum Wohl der betroffenen Kinder und Familien und auch der Firmen und der Gemeinde an vorderster Front für dieses Anliegen ein. Aus diesen Gründen steht die SP/JUSO-Fraktion hinter der Schlussfolgerung des Gemeinderates, dass im Moment kein Handlungsbedarf besteht.

Gemäss Tomas Kobi von der Grüne/JG-Fraktion, wurde dieses Postulat an der Sitzung vom 24. September 2015 überwiesen. Nun liegt der Bericht vor. Es wurden, wie bereits von Vordnern erwähnt, seriöse Abklärungen getroffen und ein Bericht angefertigt. Die Fakten liegen somit auf dem Tisch. Der Gemeinderat hat sich dabei breit abgestützt und hat sich u.a. bei INFRAS Forschung und Beratung über das Thema Wochenendbetreuung erkundigt. Daraus wird ersichtlich, dass kein Bedarf für Wochenendbetreuung nachgewiesen ist. Auch wurden weitere Abklärungen von Betreuungsangeboten bei verschiedenen Städten und in Spitälern vorgenommen. Das Resultat zeigt leider klar auf, dass die Wochenendbetreuung kein Thema ist. Es erstaunt sogar, dass beim Pflegepersonal ganz offenbar kein Bedarf besteht. Das LUKS hat zwar eine KITA, jedoch nur ein Angebot für die Samstage. Das LUKS hätte eigentlich das grösste Interesse daran am Wochenende ein KITA-Angebot zu machen, da der grösste Teil der Beschäftigten Frauen sind und an Wochenenden arbeiten. Der Gemeinderat hat auch die finanziellen Kosten und deren Konsequenzen angeschaut und kommt zum Schluss, dass dies unverhältnismässig hoch sei. Die Gemeinde müsste bei 5 Plätzen 63 % übernehmen was einen Betrag von ca. Fr. 23'000.00 ausmacht. Dies würde die Finanzsituation weiter belasten. Die Grüne/JG-Fraktion dankt dem Gemeinderat für diesen Bericht. Neue Erkenntnisse hat er jedoch leider nicht gebracht.

Räto Camenisch ist erstaunt darüber, dass sich Christine Kaufmann, welche eine sehr gute Politikerin ist, sich mit einem Rückwärtssalto mit Linksdrahl verabschiedet. Der Gemeinderat hat Abklärungen gemacht. Die Postulantin hat etwas verlangt, was nicht gefragt ist und man nicht bezahlen kann. Da Christine Kaufmann eine sehr gute Politikerin ist, hat sie dies voraus geahnt und in einer Erklärung alles abgedämpft und erklärt. Das Wochenende wäre noch das letzte was der Staat zudecken könnte. Dies ist eine Horrorvision, welche man politisch immer bis zum letzten bekämpfen wird.

Christine Kaufmann-Wolf möchte noch sagen, dass es bei diesem Vorstoss nicht darum geht, die Verantwortung dem Staat abzutreten. Man hat sich überlegt wieso die wirtschaftliche Sozialhilfe ansteigt und was man dagegen unternehmen kann. Zu den unterstützenden Klienten gehören auch Alleinerziehende. Mit diesem Postulat wollte man eine Unterstützung für eine mögliche Senkung bzw. Abhilfe des steigenden Unterstützungsbedarfs bieten. Zudem herrscht in den Pflegeberufen ein grosser Fachkräftemangel. Dort sind eben solche Arbeitsstellen frei, welche an den Wochenenden Mitarbeiter benötigen. Die Sprechende hofft, dass der Anstieg der zu Unterstützenden nicht wie von LUSTAT prognostiziert in einem grossen Mass ansteigen wird. Die Umsetzung des Postulats benötigt grosse finanzielle Ressourcen. Daher ist die Zeit in der grossen Einsparungen diskutiert werden, nicht der richtige Zeitpunkt. Die Sprechende ist überzeugt, dass früher oder später durch den gesellschaftlichen Wandel das Anliegen des Postulats eingelöst wird.

Gemäss Lothar Sidler besteht eine Differenz zwischen den Feststellungen des Umwelt- und Sicherheitsdepartement und dem Sozialamt. Der Sprechende hat die Leiterin des Sozialamtes damit konfrontiert und nachgefragt, warum es diese unterschiedlichen Feststellungen gibt. Es gibt eine wesentliche Erklärung dafür. Die KITA's welche das Wochenende zur Verfügung stellen, ist ein Angebot, welches regelmässig und langfristig ist. Dort muss man sich anmelden und es wird von der KITA erwartet, dass man das Kind jeden Samstag während 6 Monaten zu

einem bestimmten Zeitpunkt vorbei bringt. So wird dies angeboten. Personen welche in der wirtschaftlichen Sozialhilfe sind, benötigen dieses Angebot so nicht. Sie benötigen ein Angebot, bei welchem sie flexibel am Freitagabend anrufen können, dass das Kind am nächsten Tag abgegeben werden muss, da sie für diesen Tag Arbeit haben. Dies sind Frauen, welche auf einem sehr tiefen Niveau arbeiten müssen. Für solche Personen benötigt man ein Angebot, aber solche Angebote stehen nicht zur Verfügung. Dies ist die Differenz. So ein Angebot könnte man bei der KITA small foot AG machen. Dies würde aber bedeuten, dass die Gemeinde dort einen fixen Platz mieten müsste, ob dieser benutzt wird oder nicht.

Cyrill Wiget erklärt, dass dies tatsächlich das Interessante an diesem Vorstoss ist. Man hat den Eindruck dass auf dem Sozialamt die Sozialarbeiter mit dieser Frage konfrontiert werden. Belegen kann man dies aber nicht. Der Gemeinderat ist sich nicht sicher, ob die Fragestellung der Postulantin die richtige war. Er sagt nicht, dass es diese Kinder nicht gibt, sondern die Nachfrage besteht nicht. Die KITA's sind privat. Wenn dies ein Markt wäre, welcher gefragt ist, würden sich diese KITA's alle sehr gerne in diesem Markt anbieten. In diesem Falle würde die Gemeinde auch helfen, dieses Angebot aufrecht zu erhalten. Falls ein Bedürfnis vorhanden wäre, gäbe es auch die Tagesmütter, welche in der Lage sind sehr flexibel einen Platz anzubieten.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Beantwortung Interpellation Zosso: „Fachgremium“ der Gemeinde Kriens Nr. 205/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

René Zosso wünscht eine Diskussion

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

René Zosso erläutert, dass er und die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fürs erste mit der Antwort zufrieden sind, auch wenn darin keine konkreten Massnahmen zu einer Verbesserung aufgezeigt werden. Es ist jetzt immerhin ein bisschen klarer, wie das Fachgremium arbeitet und wo die Probleme und die Reibungsflächen sind. Diese Antworten wurden auch mit direkt Betroffenen besprochen und der Sprechende hat skeptische aber auch vorsichtig optimistische Stimmen vernommen. So wurde zum Beispiel gesagt: *“Wenn in der Praxis alles so ablaufen und funktionieren würde, wie der Gemeinderat dies beschreibt, wäre es an sich recht gut. Nur entspricht die Wirklichkeit nicht der ideal dargestellten Situation. Dies hat aber viel weniger mit dem Auftrag der Fachkommission, sondern vielmehr mit der gelebten Praxis und Haltung der Fachkommission und deren Mitgliedern zu tun.“* Sauer aufgestossen ist die Aussage in der Antwort zu Punkt 6, dass „schwierige Fälle“ in der Regel auf uneinsichtige Architekten/Bauherren, welche keine Dialogbereitschaft zeigten zurückzuführen ist. So wird

von Betroffenen das Fachgremium in einzelnen Fällen als zu selbstherrlich und der Gemeinderat, als zu unkritisch erlebt. In einigen Fällen masse sich die Kommission Entscheidungsbefugnisse an, die nur dem Gemeinderat zustehen. Der Sprechende möchte festhalten, dass das Fachgremium nicht in Frage gestellt wird. Man hat es eingesetzt, um die Qualität der geplanten Bauten sicherzustellen und es wäre nicht sinnvoll dies in der Einarbeitungsphase wieder rückgängig zu machen oder komplett umzukrempeln. Wichtig ist, dass die festgelegten Regeln mit Augenmass und vernünftig gehandhabt werden. Vielleicht müssen auch gewisse Prozesse optimiert werden. Denn es sollte nicht sein, dass das Gremium Planungen unnötig behindert oder für Bauherren und Behörden zu viel zusätzlichen Aufwand bedeutet. Die Fraktion geht davon aus, dass das in der Antwort vom Gemeinderat zitierte Pflichtenheft besteht und dass es nicht von den Grundsätzen vom Bau- und Zonenreglement Abs. 3 abweicht und auch so angewendet wird. Bei einer Recherche auf www.kriens.ch betreffend diesem Reglement ist René Zosso allerdings nicht fündig geworden. Dieses sollte aber für Betroffene verfügbar bzw. einfach auffindbar sein. Auch das hilft, damit nicht unnötig Zeit verloren wird. Die Betroffenen wünschen, dass die beratende Arbeit von der Fachkommission künftig besser durch den Gemeinderat begleitet wird. Die Idee vom Fachgremium ist nicht, dass sich der Gemeinderat nicht mehr selber materiell mit den Gesuchen beschäftigen muss und umgeschaut die Meinung vom Gremium übernimmt, oder sich sogar dahinter versteckt. Um da Gewissheit zu haben, wird die CVP/JCVP/GLP-Fraktion in einem Jahr wieder konkret nachfragen, ob und wie sich die Situation verändert hat und ob weiterer Verbesserungsbedarf besteht. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und wünscht sich, dass das Fachgremium auch in Zukunft zum Nutzen für die Gemeinde schafft und als kompetenter umgänglicher Ansprechpartner für Bauherren und Gemeinderat wirken kann.

Gemäss Martin Heiz hat die SVP-Fraktion dieses Thema in der Revision des Bau- und Zonenreglements vorhergesehen. Ein Architekt macht ein Projekt und muss dieses einem Fachgremium vorstellen. Dies ist wie ein Wettbewerb. Es bedingt, dass die Anforderungen höher werden und benötigt mehr Zeit. Zeit ist Geld und Geld treibt die Baukosten wieder nach oben. Vor allem wenn das Projekt noch überarbeitet werden muss. Fingerspitzengefühl ist hierbei gefragt. Beim Eichhof West war man auch damit konfrontiert, da auswärtige Architekten sagten, wie man in Kriens bauen muss. Wenn im Fachgremium auswärtige Architekten mit dabei sind, welche einen Krienser Architekten beurteilen sollen, dann kann man sich vorstellen, wie solch ein Konflikt aussehen könnte. Andererseits hat man in der Baukommission vor kurzem ein gutes Beispiel gesehen, wie es sein kann. Der Sprechende ist sich nicht sicher, ob man dieses Projekt auch ohne Fachgremium in eine gute Richtung gebracht hätte. Dies ist schwierig zu beurteilen. Wichtig ist, dass das Fachgremium nicht als Verhinderer dargestellt wird. Wichtig sind das Fingerspitzengefühl und das Vertrauen in das Fachgremium. Die letzte Verantwortung trägt der Gemeinderat. Das Fachgremium ist nur eine beratende Stelle. Wichtig ist, dass die Krienser immer noch Krienser bleiben und nicht von einem auswärtigen Fachgremium beeinflusst werden.

Laut Robert Marty dankt die FDP-Fraktion dem Gemeinderat für die Antwort. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Zusammensetzung des Gremiums breiter abgestützt werden soll und nicht nur durch Fachleute wie Architekten. Zudem zweifelt sie die Wirtschaftlichkeit an. Zu viele Köche verderben den Brei. Das Fachgremium sollte sich auf das Wesentliche beschränken. Beim Punkt 4 ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es städtebaulich Sinn macht, dass das Fachgremium die Bauherrschaft berät, dies darf sich aber nicht zu einem neuen Wirtschaftszweig entwickeln.

Yasikaran Manoharan von der SP/JUSO-Fraktion erläutert, dass der Interpellant in seinem Vorstoss näheres über die Zusammenstellung und die Aufgaben des Fachgremiums wissen möchte, sowie über allfällige Unstimmigkeiten und Konflikte. Gemäss Reglement ist das Fachgremium dafür zuständig, Bauvorhaben hinsichtlich städtebaulicher Entwicklung, Gestaltung und architektonischer Qualität zu beurteilen. Er berät den Gemeinderat, hat aber keine Entscheidungsgewalt. Bei Projekten in der Ortsbildschutzzone und bei der Beurteilung von Gestaltungs- und Bebauungsplänen wird das Fachgremium zwingend beigezogen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt dieses Instrument und ist überzeugt davon, dass damit Bausünden verhindert werden können. Dass aber vereinzelte Planer mit diesem Fachgremium ihre Mühe gehabt haben, kommt wohl von daher, dass Projekte in das Fachgremium kamen, die schon lange am Laufen waren. Diese Konflikte oder Unstimmigkeiten werden wohl in Zukunft viel weniger der Fall sein, da die Planer und die Bauherrschaften darauf aufmerksam gemacht werden, ihre Projekte frühzeitig schon mit einer Vorstudie dem Fachgremium vorzustellen. So kann das Fachgremium auch als beratendes und unterstützendes Instrument wahrgenommen werden. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass das Fachgremium in Kriens für gute Architektur sorgen soll. Da der Gemeinderat mit der Arbeit des Fachgremiums zufrieden ist, steht auch sie hinter dem Fachgremium.

Gemäss Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, gibt es in Kriens endlich ein Gremium das sich um Qualität beim Bauen kümmert. Vor mehr als zehn Jahren haben die Grünen einen Stadtarchitekten gefordert. Das letzte Mal nach einem Einwohnerratsausflug nach Uster. Das Baudepartement überprüft bei der Bewilligung die formalen Aspekte, damit hat es sich. Wenn man wieder mal auf dem Sonnenberg ist und auf Kriens hinunter schaut, wird man sehen, dass dies nicht reicht. Kriens ist nicht schön und gerade die letzten Jahre unkontrolliert gewachsen. Es hat einige architektonische Sünden zu bieten, wie der Gemeinderat selber schreibt. Es fehlt an vielem, wie zum Beispiel Quartiertreffpunkten und nicht nur an der Qualität. Der Sprechende möchte nun auf ein paar wichtige Aspekte des Fachgremiums eingehen. Das Fachgremium entlastet das Baudepartement, wie man in der Antwort auf die Frage 3 nachlesen kann. Gemäss Art. 2 BZR müsste das Baudepartement Qualität, Gestaltung, Eingliederung sowieso beurteilen. Dafür hat in der Vergangenheit offensichtlich die Zeit nicht gereicht. Das Fachgremium hat in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege des Kantons Luzern einen Leitfaden ausgearbeitet. Dies schafft Rechtssicherheit und die Bauherren können sich vorgängig informieren. Das Baudepartement wäre gar nicht in der Lage gewesen dies zu leisten, dafür sind die Ressourcen viel zu knapp. Es ist natürlich so, dass die Planer sich vorgängig informieren müssen, bevor so mit Planen beginnen. Es besteht eine Hohlschuld, behandelt doch das Fachgremium einen Aspekt des gesetzlich verbindlichen BZR. Das Fachgremium steht schon vor der Baueingabe zur Verfügung. Das Fachgremium arbeitet sehr kostengünstig, wie dies der Gemeinderat schreibt. Hätte man einen Stadtarchitekten, was für eine Gemeinde dieser Grösse sicher kein Luxus wäre, wären die Kosten massiv höher. Dass nicht alle Architekten mit der Arbeit des Fachgremiums zufrieden sind, ist verständlich. Wenn man betrachtet, wie bisher in Kriens gebaut wurde, liegt es auf der Hand, dass es so nicht weitergehen kann. Gerade darum wurde das Fachgremium eingesetzt. Hier müssen die einen oder anderen Architekten ihre Arbeitsweise den neuen Gegebenheiten anpassen. Und Investoren können nicht mehr einzig und allein die Rendite vor Augen haben, das Objekt muss sich auch städtebaulich einpassen. Es sind ja nicht diejenigen Orte die am besten gefallen, die die tiefsten Hürden beim Bauen haben, es ist gerade umgekehrt. Um es etwas pointiert zu sagen: Es ist nicht die oberste Aufgabe der Gemeinde alles möglichst schnell zu bewilligen. Wenn man sich heute Kriens anschaut, ist es ein schwacher Trost, wenn man weiss, dass viele dieser Bausünden möglichst schnell bewilligt wurden. Die Gemeinde hat die Aufgabe sicherzustellen, dass man eine hohe Lebensqualität hat, die Einzelteile zusammen passen und Kriens attraktiver wird. Das Fachgremium ist eine Erfolgsgeschichte, konnte es doch in den meisten Fällen eine höhere Qualität bewirken. Dies trägt dazu bei, dass Kriens attraktiver wird. In diesem Rat wundert man sich von Zeit zu Zeit, meistens bei der Budgetdebatte, dass nicht mehr gutbe-

tuchte Leute nach Kriens ziehen. Wenn Kriens eine attraktivere Gemeinde werden will, dann muss man dafür sorgen, dass attraktiv gebaut wird, dass städtebaulich interessante Objekte entstehen und dass Quartiere zum Verweilen einladen. Dafür braucht Kriens das Fachgremium, auch wenn diese Aufgabe hin und wieder unangenehm ist. Für diese Arbeit möchte die Grüne/JG-Fraktion dem Fachgremium an dieser Stelle auch ausdrücklich danken. Solange Kriens noch kein Kandidat für den Wakkerpreis ist, braucht es das Fachgremium sicher noch. Nichts machen ist teurer. Die Grüne/JG-Fraktion will keine beliebige und gesichtslose Agglomerationsvorstadt bleiben und will keine Verslumung. In diesem Sinne dankt sie für die geleistete Arbeit und wünscht dem Fachgremium weiterhin Elan und eine gewisse Sperrigkeit. Um gute Lösungen muss gerungen werden, die erst beste und schnellste Lösung ist selten die optimale.

Gemäss Matthias Senn war es dem Gemeinderat bewusst, als man das Bau- und Zonenreglement beschlossen hat, dass dies eine neue Hürde wird. Der Sprechende denkt, dass der Nutzen sicher überwiegt. Wenn man in vier Jahren z.B. darüber spricht, welche Objekte wirklich eine Verbesserung erfahren haben, wird man sicher ein positives Fazit daraus ziehen können. Martin Heiz hat ein Beispiel gebracht, bei welchem ein Projekt von einem Architekten wirklich schlecht analysiert wurde. Dies war auch ein Architekt, welcher sich auch als erstes an die Zeitung gewandt hat. Als Vertreter des Gemeinderates ist Matthias Senn an diesen Sitzungen anwesend und hat dabei auch eine Informationsaufgabe. Auch wenn dort jemand einen Überlegungsfehler macht, kann Matthias Senn darauf aufmerksam machen und er darf an diesen Sitzungen auch seine Meinung kundtun. Schlussendlich hat der Sprechende dort aber nur eine beratende Funktion. Er hört immer wieder von Architekten, dass der Stadtrat, immer alle Empfehlungen zu 100 % übernommen habe. Dies findet Matthias Senn nicht gut. Eine Exekutive muss auch eine gesamthafte Abwägung machen und auch mal sagen können, dass man einem Antrag z.B. nicht zustimmt.

10. Beantwortung Interpellation Kobi: Begünstigung Mobimo – zu Lasten der Gemeinde Kriens **Nr. 212/15**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Tomas Kobi wünscht eine Diskussion

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Tomas Kobi denkt, dass wahrscheinlich wieder die Bemerkung aufkommt, dass mit dieser Interpellation Kaffeesatz lesen verbunden ist. Und trotzdem lässt der Kaufpreis von 18 Mio. Franken schon aufhorchen, den die Stadt mit der Firma Eberle erzielte. Bei den Verkaufsverhandlungen gab die Stadt nicht nach und verkauft sein Filetstück für einen Preis von Fr. 1'400.00 pro Quadratmeter. Beim Verkauf an die Immobilienfirma Mobimo hatte die Stadt Luzern einen Preis von Fr. 800.00 pro Quadratmeter erzielt. Eine Differenz von Fr. 600.00. Wie ist dieser Preisunterschied zu erklären? Kriens hatte der Mobimo ebenfalls ihr gemeindeeigenes Land im Mattenhof zum Preis von Fr. 800.00 pro Quadratmeter verkauft. Der Gemeinderat bezieht sich in seiner Beantwortung auf die Aussagen des Leiters Finanzliegenschaften-Manager der Stadt Luzern. Unter anderem wird darauf verwiesen, dass die beiden

Grundstücke nicht miteinander vergleichbar seien. Im Weiteren wird die Aussage des Journalisten, dass die Stadt praktisch keine andere Wahl hatte, als ihr Grundstück zu den Bedingungen zu verkaufen, welche die Kaufinteressentin diktierte, als freie Auslegung ausgelegt. Tomas Kobi's Recherchen haben folgendes ergeben: Fakt ist, dass der Journalist mit dem Leiter Finanzliegenschaften an der damaligen Medienkonferenz gesprochen hat. Unter anderem hat er dem Journalisten mitgeteilt, dass es sich beim Mobimo-Grundstück um einen kleinen Zipfel Land gehandelt habe, auf dem allein keine sinnvolle Bebauung möglich ist. Das bedeutet, dass die Parzelle nur in Verbindung mit anderen Grundstücken einen Wert hat. Deshalb ist man vor der Wahl gestanden entweder das Grundstück an die interessierte Mobimo zu verkaufen oder es bis auf absehbare Zeit brach liegen zulassen. Da das städtische Grundstück für Mobimo nur "nice to have" war, aber für die geplante Überbauung nicht zwingend, drückte dies den Preis erst recht nach unten. Soweit die Aussage des Journalisten. Es wirkt etwas eigenartig, wenn nun in der Antwort davon gesprochen wird, dass es sich beim Mattenhof I um ein gemeinsames Projekt zwischen Mobimo, Kriens und der Stadt Luzern handelt und dass man sich auf einen gemeinsamen verbindlichen Landpreis zu einigen hatte. Der Sprechende ist erstaunt über so viel Ehrlichkeit des Gemeinderates, wenn er sagt, dass eine börsenkodierte Immobilienfirma den Lead übernommen hat bei den Verhandlungen. Tomas Kobi findet, dass die Gemeinde Kriens bei den Preisverhandlungen die Führung hätte übernehmen sollen. Der Sprechende hört zum ersten Mal, dass man einen Verkaufspreis partnerschaftlich aushandelt. Auch gratuliert er für die edle Aufrundung des Preises von wahrlich 2 Franken. Eine tolle Geste und ein wirklicher Erfolg für diese Verhandlungen. Der Sprechende hofft, dass der Gemeinderat aus dieser Situation etwas lernt und in Zukunft geschickter verhandelt.

Gemäss Rolf Schmid, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist Fakt, dass diesem Verkauf eine unabhängige Marktwertschätzung und ein demokratischer Prozess vorausgingen, sowohl in der Stadt Luzern wie auch in der Gemeinde Kriens. Es ist müssig, nach vier Jahren einen Preisvergleich anzustellen. Dies macht man auch bei einem Privatkonsum nicht. So gesehen ist das aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht Kaffeesatzlesen, sondern kalter Kaffee, schon fast verdunsteter alter Kaffee. Am besten überlässt man die Beurteilung des Verkaufs den Historikern.

Laut Alfons Graf von der SVP-Fraktion, stützt sich der Interpellant auf einen Zeitungsartikel ab, welcher aus der Gerüchteküche entstanden ist. Den Medien kann man nicht immer alles glauben. Der Verkaufspreis im Mattenhof ist dazumal mit einem umfangreichen Gutachten erstellt worden und man hat sich auf einen Verkaufspreis von Fr. 800.00 pro Quadratmeter geeinigt. Natürlich sind die Bodenpreise inzwischen gestiegen, aber dies stellt kein Vergleich dar. Die Hypozinsen waren vor drei Jahren auch höher als sie heute sind. Und wenn man etwas verkauft oder kaufen will, so muss man sich einmal entscheiden. Die Gemeinde Kriens hat dies dazumal richtig entschieden. Die Stimmberechtigten von der Stadt Luzern und der Gemeinde Kriens haben dem Geschäft zugestimmt und dieser demokratische Entscheid gilt es zu akzeptieren.

Gemäss Roger Erni, FDP-Fraktion, wurde dieses Geschäft am 13. November 2015 eingegeben. Das ist Wahlkampf. Dass die Preise in diesen Jahren gestiegen sind, wissen alle und selbstverständlich würde man heute mehr dafür erhalten als zu diesem früheren Zeitpunkt.

Die SP/JUSO-Fraktion versteht laut Mario Urfer die Interpellation als Nachbetrachtung. Dass mit der Liegenschaft Mattenhof I ein niedriger Verkaufspreis gegenüber Mattenhof II erzielt wurde, ist mit der Begründung nachvollziehbar. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert aber, dass eine Vergabe im Baurecht nicht möglich war. Einfacher machte es sicher auch nicht, dass

zwei Grundstückbesitzer mit der Mobimo AG verhandelten. Hinterfragen darf man, ob es richtig war der Mobimo den Lead zu überlassen. Oder wäre es sinnvoll gewesen zwei unabhängige Marktwertschätzungen zu beauftragen? In vielen Bereichen holt man sich eine zweite Meinung ein. Klar ist, dass Landverkäufe nicht wie bei einem Bazar abgewickelt werden, bei welchem der Verkäufer mit einem überhöhten Preis einsteigt und dann wird runterverhandelt bis es für Käufer annehmbar und der Verkäufer zufrieden ist. Vom Gemeinderat erwartet die SP/JUSO-Fraktion, dass er in allen Bereichen sein Handeln und seine Entscheide reflektiert. Es ist aber fraglich, ob der Rückwärtsblick mit der Interpellation zielführend ist, da der Verkaufspreis und Verkauf mit der Volksabstimmung demokratisch entschieden ist.

Tomas Kobi möchte Alfons Graf noch mitteilen, dass wenn er sich auf Zeitungsartikel stützt, dann müsste Alfons Graf seine beiden Interpellationen auch zurückziehen. Die eine beruht auf der Sendung 10 vor 10 und die andere auf einem Bericht der Neuen Luzerner Zeitung. Aber man kann den Medien nicht alles glauben.

Gemäss René Zosso gab es dazumal mehrere Schätzungen. Die Fr. 800.00 war nicht die höchste Schätzung, welche man gewählt hat. Das Argument war, dass dort etwas Ganzheitliches entsteht. Die Stadt und die Gemeinde Kriens konnten der Mobimo Landflächen geben worauf etwas entsteht, was für alle sinnvoll ist. Gleichzeitig hat die Mobimo auch Zugeständnisse gemacht und mitgeteilt, dass sie sich an den allgemeinen Lasten beteiligen wird. Es war nicht der höchst mögliche Preis den man bekommen hat. Nun muss man aber dafür sorgen, dass die zusätzlichen Aufwendungen, welche die Mobimo für die Allgemeinheit macht, sprich Bahnhof Mattenhof, auch zum Tragen kommen.

Matthias Senn möchte betonen, dass es dazumal ein Steuerungsgremium gab, bei welchem jede Partei zwei Vertreter dabei hatte. Die Mobimo hat die Verhandlungen geleitet, aber hatte dabei keinen Vorteil. Der Auftrag wurde an die Redinvest gegeben. Man darf sich darüber freuen, was auf diesem Areal entsteht. Der Gemeinderat hat vor einer Woche die letzte Baubewilligung an die Mobimo erteilt.

11. Beantwortung Interpellation Manoharan: Mietzinsentwicklung in der Gemeinde Kriens

Nr. 216/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Yasikaran Manoharan wünscht keine Diskussion. Der Sprechende bedankt sich für die gute Beantwortung des Gemeinderates.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

12. Beantwortung Interpellation Portmann: Ist der IS-Terror in Kriens angekommen? Nr. 217/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Portmann wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Peter Portmann erläutert, dass die Schweiz eine lange Tradition der Religionsfreiheit hat. Das ist gut so und so soll es auch bleiben. Sobald aber im Namen einer Glaubensgruppe radikalisiert wird, müssen Grenzen gezogen und konsequent durchgegriffen werden. Wenn jemand sagt, die Affen, Juden, Christen und Schiiten müssen vernichtet werden, dann ist die rote Linie mehr als überschritten, wobei unter Affen die Schweizer gemeint sind. So weit ist man in diesem Land gekommen. Es werden massenhaft Leute ins Land hereingelassen und man merkt es erst Jahre später, dass einige von ihnen die Schweizer am liebsten umbringen und die Schweizer Kultur vernichten wollen. Die Stellungnahme der Behörden zum Dschihadistenfall im Dezember des letzten Jahres war alles andere als kompetent. Der zuständige Regierungsrat wollte sich vor der Presse nicht äussern und der Krienser Gemeindepräsident macht sich grosse Sorgen. Unternommen wird nichts. Im Gegenteil, der Schwarze Peter wird zwischen Gemeinde-, Kantonsbehörden und Bundesanwaltschaft hin und her geschoben, wie es der Gemeinderat in der Beantwortung der Interpellation darstellt. Schlussendlich wartet man bis Gras darüber gewachsen ist und hofft dass dieser Fall vergessen wird. So war es jedenfalls bis anhin. Es ist nicht nur der IS-Terror in Kriens angekommen, sondern auch das Asylchaos. Alle sind überfordert. Anstatt die heimische Bevölkerung von unkontrollierter Zuwanderung zu schützen, nimmt man den Weg des geringsten Widerstandes und schaut einfach nur zu. Nicht einmal in Bern ist man bereit die Bevölkerung zu schützen. Ein Vorstoss der SVP zur Einführung von Grenzkontrollen wurde kürzlich in Bern abgelehnt. Die Anschläge in Paris und Brüssel haben gezeigt, der Heilige Krieg ist definitiv auch hier angekommen, ob die Behörden es wahrhaben wollen oder nicht.

Cyrill Wiget erklärt, dass die Zuständigkeit bei der Polizei liegt. Wenn nun der Gemeindepräsident selber wirkt, kommt das nicht gut raus. Man kann zu diesen Institutionen den Kontakt oder das Gespräch suchen und schauen, ob das wirklich so gefährliche Personen sind wie der Interpellant der Überzeugung ist. Dies hat man auch gemacht. Wenn man im Nachhinein das Urteil vom Bundesgericht anschaut, ist es sehr spannend. Dazumal wurden vier Personen untersucht. Dies war auch in dieser Zeit, als diese Interpellation entstanden ist. Mit Urteil wurden drei davon zu relativ starken Strafen verurteilt. Und der eine, welcher mit Kriens etwas zu tun hatte, wurde freigesprochen. Man darf davon ausgehen, dass man in Kriens nicht falsch gehandelt hat. Das Gericht nimmt es sehr ernst, wenn Gewalt- und Hetzreden gemacht werden. Dies ist ein gutes Urteil für die Schweizer Justiz.

Für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion war laut Anita Burkhardt-Künzler dieser Fernsehbericht vom „10 vor 10“ ebenso erschreckend und unfassbar wie für den Interpellanten. Auch die Sprechende fürchtet sich vor Terrorismus und dem Schrecken den IS Terrorzellen verbreiten. Ge-

nügend hört und liest man darüber in den Medien und wird in den Fernsehnachrichten mit den abscheulichsten Gräueltaten konfrontiert. So war es für die Sprechende bis zu diesem Bericht schlicht unfassbar, wenn nicht sogar unmöglich, dass solche Menschen in Kriens agieren konnten. Was die CVP/JCVP/GLP-Fraktion an der vorliegenden Interpellation zum wiederholten Mal sauer aufstösst, ist dass dem Gemeinderat unterstellt wird, er macht nichts und lässt die Krienser Bevölkerung bewusst im Ungewissen. Dem Interpellanten wie auch seiner Partei sollte es jedoch klar sein, dass „Terrorismus“ sowie Kontrolle und Überwachung von Moscheen in den Zuständigkeitsbereich der Bundesanwaltschaft und der Bundespolizei fällt und nicht Sache der Gemeindebehörde ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erachtet die Art, wie sich der Gemeinderat im Zusammenhang mit dem angesprochenen Bericht verhielt, als verantwortungsvoll und angemessen. Er informierte umgehend und dem Wissensstand entsprechend. Es fand auch ein Dialog mit dem muslimischen Vorstand statt. Zudem ist es sicher nicht förderlich, hinter jedem muslimischen Einwohner einen potentiellen Terroristen zu vermuten. Auch wird jedes Mal wenn ein Problem irgendwelcher Art im Zusammenhang mit Asylanten auftaucht, sofort Kritik laut gegenüber dem Asylzentrum im Mothotel. Dabei wurde erst kürzlich in der Presse berichtet, wie gut sich die Jugendlichen UMA's eingelebt haben. Sie waren beispielsweise auch schon in Trainings beim SCK oder in Schnuppertagen bei der Krienser Pfadi. Solche positiven Beispiele sollten hervorgehoben werden. Auch ein Tag der offenen Tür konnte am 7. Mai genutzt werden, um sich vor Ort zu informieren und somit eine persönliche Einsicht in den Ablauf und den Alltag des Zentrums zu erhalten. Dieser Tag der offenen Tür wurde sehr rege besucht. Ausserdem hat der Gemeinderat den Kanton darum gebeten, keine muslimischen UMA's dem Krienser Asylzentrum zuzuweisen. Er hat damit sehr vorausschauend gehandelt, damit erst gar kein unnötiges Konfliktpotenzial zwischen der Moschee und dem Asylzentrum entstehen kann. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und ist sicher, dass dieser niemals wissentlich Terrorismus und Gewalt in Kriens dulden wird. Warum hat sich der SVP Regierungsrat nicht zu diesem Thema äussern wollen?

Gemäss Peter Fässler, SP/JUSO-Fraktion, ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen in der ganzen Welt gestiegen. Radikale Elemente versuchen auf diese Weise ihre Ziele zu erreichen, wenn sie sich anderweitig nicht zu helfen wissen. Andere Elemente, gerade im politischen Bereich, versuchen mit Panikmache, Verunglimpfungen von Fremden und Andersdenkenden und -glaubenden ihre Ziele zu erreichen. Beides findet die SP/JUSO-Fraktion verwerflich und gefährlich für das Zusammenleben einer freiheitlich- und sozialeingestellten Bevölkerung. Terrorbekämpfung ist ein internationales Anliegen und liegt in der Schweiz in den Händen des Bundes. Den Gemeinderat von Kriens für etwas verantwortlich zu machen, für was er nicht zuständig ist oder es zumindest so erscheinen zu lassen, findet die SP/JUSO-Fraktion sehr verwerflich. Gerade dieser Fall des Predigers Abdulrahman O. zeigt, dass der Bund seinen Pflichten nachkommt und eingreift, wo es nötig ist und auch den Sachverhalt klarstellt. Das Bundesgericht hat diesen Prediger freigesprochen. Eine Gefährdung hat also nie bestanden. Das Thema hat sich so erledigt.

Alfons Graf meint, dass die Frage, ob der IS-Terror in Kriens angekommen ist, mit ja aber auch mit nein beantwortet werden kann. Wenn man an den Hassprediger denkt, welcher im Schlund sein Unwesen getrieben hat, kann man die Frage auch mit ja beantworten. Die letzten Anschläge von Mitte März haben deutlich aufgezeigt, wo das Problem liegt. Die Islamisierung von Westeuropa nimmt dramatische Züge an. Jeder weiss, dass der Islam die Weltherrschaft will. Leider werden die letzten Anschläge wohl nicht die letzten bleiben. Es ist eine Frage der Zeit, wann in unserer Umgebung der Terror Einzug halten wird. Unser christliches Abendland ist am zugrunde gehen. Das Kreuz was auf die Schweizer Kultur hinweist, wird von den Schulhäusern verbannt. Auch in Kriens passt man sich immer mehr dem fremdländischen Glauben an und unterstützt auch indirekt den islamischen Staat. Der Glaube an Gott geht so

kaputt. Der Sprechende fragt sich, was noch alles passieren muss, damit ein Umdenken in der Bevölkerung stattfindet.

13. Beantwortung Interpellation Kobi: Schulraumprovisorien – so geht es nicht **Nr. 228/16**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Tomas Kobi wünscht eine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Tomas Kobi dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Zufrieden mit der Antwort ist der Sprechende in einigen Punkten jedoch nicht. Vor allem die Beantwortung der 1. Frage hinterlässt bei ihm viele Fragezeichen. Hier geht es um die geheimnisvolle Machbarkeitsstudie, welche in aller Munde ist, doch niemand wirklich weiss, was darin steht. Auch hat bis jetzt anscheinend keine Kommission und auch die Einwohnerräte es für nötig erachtet, Einblick in diese Dokumente zu nehmen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung zum Thema Machbarkeitsstudien, dass diese im Bericht und Antrag an den Einwohnerrat unter Kapitel 3 zu finden ist. Der Titel des Kapitels 3 im B+A 208/2015 lautet „Bauprojekt modulare Schulbauten“. Im ersten Abschnitt wird verwiesen, dass für beide Areale (Roggern und Kuonimatt) eine Machbarkeitsstudie erstellt wurde. Tomas Kobi hat oftmals die Frage gestellt: „Wo ist die Machbarkeitsstudie?“ Bis zum 19. April 16 konnte niemand ein solches Dokument vorweisen. Erst auf nochmaliges Nachfragen hin beim Baudepartement hatte der Sprechende Einsicht erhalten. Der Verweis auf Kapitel 3 im B+A ist für den Sprechenden keine Machbarkeitsstudie. Diese hätte dem Einwohnerrat vorgängig abgegeben werden müssen. Für Tomas Kobi bedeutet, dass eine Machbarkeitsstudie mögliche Lösungsansätze für ein Projekt hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit überprüft wird. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie werden Lösungsansätze analysiert, Risiken identifiziert und Erfolgsaussichten abgeschätzt. Überprüft wird dabei, ob mit dem jeweils betrachteten Lösungsansatz die vereinbarten Ergebnisse unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen erstellt werden können. Zwecke einer Machbarkeitsstudie sind verhindern von Fehlinvestitionen, Identifizierung des optimalen Lösungswegs und Identifizierung von Risiken. Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie sind Analysen und Bewertungen der betrachteten Lösungswege, Entscheidungsmöglichkeiten mit dokumentierten Chancen und Risiken und Empfehlung für eine Entscheidung. Solches und ähnliches muss eben vorhanden sein und ist dem Einwohnerrat vorzulegen, damit er eine entsprechende Entscheidungsgrundlage hat. Bereits beim B+A Nr. 164/2015 wurde von verschiedenen Einwohnerräten und -rätinnen die Frage nach dem Standort gestellt und auch darauf hingewiesen, dass dies im Bericht fehlt. Es wurde bemängelt, dass es nicht ersichtlich ist, weshalb der jetzige Standort sein muss. Auch im B+A Nr. 208/2015 wurde von einigen Mitgliedern des Einwohnerrats der Standort in Frage gestellt, weil öffentliche Spielplätze und Freizeitanlagen für die Erstellung der Schulpavillons genutzt werden. In der Antwort des Gemeinderates wird erwähnt, dass man eine umfassende Standortevaluation gemacht hat. Spätestens hier hätte der Gemeinderat reagieren müssen und nicht nur erwähnen, dass die Vor- und Nachteile abgewogen wurden. In einer Machbarkeitsstudie muss auch aufgezeigt werden, wie mit öffentli-

chen Spielplätzen und Freizeitanlagen umgegangen werden muss, da bereits im B+A Nr. 164/2015 Judith Mathis-Wicki auf einen Punkt im BZR hingewiesen hatte (Art. 7, V). Im Bau und Zonenreglement sind unter Ergänzungen zu Art. 7 Tab. Grundmasse Bauzonen folgendes aufgeführt: *Die im Zonenplan eingezeichneten öffentlichen Spielplätze und Freizeitanlagen (gemäss Anhang A und B zu Art. 7) sind zu erhalten. Bei Aufhebung einer solchen Fläche ist für einen gleichwertigen Ersatz zu sorgen.* Nimmt man diesen BZR ernst, heisst das nichts anderes, als das wenn Grünflächen geopfert werden, müssen sie kompensiert werden. Der Sprechende ist der Überzeugung, dass der Gemeinderat mit dem B+A Nr. 208/15 arg in Zeitnot kam und einer grösseren und sachlichen Debatte evtl. auch einer öffentlichen aus dem Wege gehen wollte. In der Beantwortung der Frage 4 sagt der Gemeinderat, dass es sich um eine Übergangslösung handelt. Er wird dabei nicht konkret. Der Gemeinderat sagt nur: *„Zum jetzigen Zeitpunkt ist offen, wie lange die modularen Schulbauten stehen bleiben“*. Für den Einwohnerrat war hingegen klar dass die Pavillons nur eine Notlösung ist. Leider wurde mit den Berichterstattungen in der NLZ vom 12. Januar 2016, vom 1. Februar 2016, sowie vom 17. Februar 2016 folgendes suggeriert: *„Die Pavillons bleiben für Jahrzehnte“*. Dies auch unter der Tatsache, dass der Gemeinderat sich dahingehend äusserte, dass die Pavillons eine Lebensdauer von bis zu 40 Jahren hätten und die Modulbauten nicht als befristete Provisorien geplant sind. In der Beantwortung der Frage 5 teilt der Gemeinderat mit, dass er dem Einwohnerrat mittels eines neuen Planungsberichts aufzeigt, wie die Schulraumplanung bis 2025 aussehen wird. Es ist zu hoffen, dass der Gemeinderat hinsichtlich seiner Strategie klarere Aussagen macht und berücksichtigt dass mehr Schüler auch mehr Platz brauchen, vor allem auch im Aussenbereich sprich Pausenplätze und Spielwiesen. Zu Frage 6 äussert sich der Gemeinderat unter anderem folgendermassen: *Für Übergangslösungen sei es vertretbar hinsichtlich der Architektur ein kleines Gewicht zu geben.* Doch wenn die Übergangslösungen für Jahrzehnte bestehen bleiben und zu „Providurien“ werden, ist diese Ansicht nicht vertretbar. Es darf durchaus gesagt werden, dass der Gemeinderat in der gesamten Angelegenheit nicht gerade sensibel vorging. Gerade nach den Berichterstattungen in der NLZ hätte er seine Kommunikationspolitik ändern müssen. Zumal er in der NLZ vom 17. Februar 2016 folgendes zu lesen war: *„In der Kommunikation betreffend der beiden Schulhaus-Erweiterungen habe es zuletzt insbesondere wegen der Machbarkeitsstudien Missverständnisse gegeben. Deshalb will der Gemeinderat in einer Medienmitteilung diese Woche nochmals seine Sicht darstellen.“* Der Sprechende ist erstaunt, dass der Gemeinderat einen ganzen Monat gebraucht hat, um eine Medienmitteilung auf die Homepage zu stellen, was am 18. März 2016 erfolgte. Hinsichtlich der Machbarkeitsstudie stand kein Wort und auch in der NLZ vom 19. März 2016 wird nur erwähnt, dass die modularen Schulbauten auf den Schulanlagen Roggern und Kuonimatt gebaut werden dürfen. Tomas Kobi wünscht sich, dass der Gemeinderat aus dieser Situation entsprechende Konsequenzen zieht.

Christine Kaufmann-Wolf, Präsidentin der BiK, erläutert, dass an der Einwohnerratssitzung vom 17. Dezember 2015 mit dem B+A die beiden modularen Schulbauten für das Quartier Kuonimatt und Roggern vorgestellt wurden. Der Einwohnerrat hat den B+A einstimmig mit einer Enthaltung überwiesen. Am 1. Februar 2016, kurz nachdem die Bauten ausgesteckt wurden, hat der Quartierverein Kuonimatt via Zeitung den Standort der neuen Schulräume kritisiert. Im NLZ-Artikel war auch zu lesen, dass der Quartierverein weder kontaktiert noch vorinformiert wurde. Der Präsident des Quartiers bemängelt dann auch mit Zitat: *„Wir gingen davon aus, dass der Container auf dem aktuellen Spielplatz errichtet wird“*. und *„Der Quartierverein stört sich auch daran, dass ihn der Gemeinderat nie um seine Meinung angefragt hat“*. Die BiK-Mitglieder gingen davon aus, wie die meisten Einwohnerräte, dass mit der Vorlage des B+A die beiden Quartiervereine kontaktiert und vorinformiert wurden. Hier wird nicht von einer partizipativen Mitbestimmung gesprochen, sondern von einer transparenten und verbindenden Kommunikation zwischen Bevölkerung, Quartier und Gemeinderat. Umso mehr waren die BiK-Mitglieder darüber erstaunt, dass in der Zeitung ein solcher Artikel so prominent platziert wurde. Von Feingefühl, Transparenz und einer politischer Arena kann hier nicht gespro-

chen werden. Zudem fragt sich die BiK, wieso die Vorsteherin Bildung/Kultur und nicht der Gemeindeammann Stellung genommen hat. Für die BiK handelt es sich hier um eine Bautätigkeit und nicht um ein schulisches Programm. Die Interpellation erstaunt die BiK sehr. Man hat sich gefragt, was Tomas Kobi mit dieser vorliegenden Interpellation wollte? Will er sich nachträglich gegen die kostengünstige, pragmatische und flexible Schulraumlösung stemmen? Eine Lösung, welche er selber im Rat unterstützt hat? Eine Lösung, welche stets mit einer 30 – 40-jährigen Lebensdauer vorgestellt wurde? Oder findet hier einfach ein Vorwahlkampf statt? An der besagten Einwohnerratssitzung wurde gemäss dem Einwohnerratsprotokoll kein einziges Mal von Seiten der Grünen die Aussenbereiche kritisiert noch angesprochen. Im Parlament hat man sich bereits einige Male über die modularen Schulbauten beraten. Es wurde jeweils der Kosten/Nutzen, die Flexibilität und die Lebensdauer dieser modularen Schulraumlösungen aufgezeigt und vom Parlament gutgeheissen und anerkannt. Irritierend ist jedoch, dass von Seiten Tomas Kobi immer noch von Containern gesprochen wird. Die Gemeinde Kriens hat nie von einer Containerlösung gesprochen und sie hat noch nie eine solche favorisiert. Sie bittet die Einwohnerräte dies endlich zu begreifen.

Kathrin Graber meint, dass es der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ähnlich erging wie beim Mobimo Vorstoss. Man hat sich gefragt, was der Einwohnerrat mit diesem Vorstoss bezwecken will. Dies sind Fragen, welche man beim B+A hätte besprechen können. Damals hat man des langen und des breiten über die Lüftung und die Heizung diskutiert, sowie über den Standort. Wie richtig erwähnt wurde, hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion eine Bemerkung betreffend dem Standort überwiesen. Auch dort wurde mitgeteilt, dass es schwierig sein wird betreffend dem Standort. An der Debatte sind dann nachträglich noch sehr viele Informationen geflossen. Für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion war klar, dass die modularen Schulbauten keine Notfalllösung ist sondern, dass man diese Bauten für diverse andere Platzprobleme braucht. Wichtig ist, dass man den Quartierverein immer miteinbezieht.

Hans Fluder, erwähnt, dass der B+A an der Sitzung vom 17. Dezember 2015 einstimmig genehmigt wurde. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass im Einwohnerrat genug darüber diskutiert wurde und dies nicht noch einmal erfolgen muss. Der Standort wurde von Fachpersonen ausgiebig geprüft und innerhalb der Schulanlagen genau angeschaut und so für richtig befunden. In naher Zukunft entstehen im Gebiet Mattenhof, auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Schwitter, 600 familienfreundliche Wohnungen. Die Kinder dieser Familien müssen in die Schulhäuser Kuonimatt und Roggern eingeschult werden und somit ist klar, dass es erweiterte Schulräume braucht. Aus finanziellen Gründen kann sich die Gemeinde Kriens aber eine Aufstockung des Schulhauses Roggern gar nicht leisten. Eine Lösung mit den modularen Schulbauten ist deshalb zu realisieren, denn es ist zahlbar und der Standard dieser Bauten entspricht den heutigen Vorschriften. Nicht zu vergessen, dass das Schulhaus Brunnmatt dringend saniert werden muss, bevor ein Desaster wie im Schulhaus Gabeldingen entsteht. Quartierpräsidenten wie auch Quartierbewohner können in solchen Angelegenheiten nur schwer miteinbezogen werden, da die Statistik, der mögliche Standort und auch die besonderen Gegebenheiten von Spezialisten beurteilt und entschieden werden müssen.

Gemäss Daniel Rösch war die FDP-Fraktion über diese Interpellation überrascht. Auf dieses Geschäft sind der Interpellant und seine Fraktion eingetreten und haben diesem sogar einstimmig zugestimmt. Die Fragen in der Interpellation sind entsprechend im B+A ersichtlich und hätten bei der Detailberatung gestellt werden können. In der Interpellation ist auch zwischen den Zeilen zu lesen, dass Tomas Kobi bei der Eingabe des Geschäfts, nicht mit der Interpellation vertraut war. Er bezeichnet die modularen Bauten als "Container", obwohl seine Fraktion bei der Bearbeitung des Geschäfts explizit die Minergie-Zertifizierung als Qualitätssicherung der Bauten verlangte. Zudem wurde die Qualität der modularen Schulbauten schon

im Vorfeld mehrmals positiv hervorgehoben. Die FDP-Fraktion stuft diese Interpellation als Wahlkampfpropaganda ein, welche keinen entsprechenden Mehrwert mit sich bringt und bedauert den Aufwand welche die Gemeinde dafür aufbringen musste.

Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, erläutert, dass an der Einwohnerratssitzung vom 17. Dezember 2015 über die Standorte für die modularen Schulbauten ausgiebig diskutiert wurde. Auch die SP/JUSO-Fraktion hat ihre Bedenken und Fragen zu den gewählten Standorten geäußert. Daraufhin hat der Gemeinderat versichert, im nächsten Planungsbericht die Strategien aufzuzeigen, wo noch Schulraum als feste Bauten gebaut werden kann und auch wie man mit den Freiflächen umgehen möchte. Mit der jetzigen Lösung ist die SP/JUSO-Fraktion nicht einstimmig zufrieden. Aber sie ist der Meinung, dass erst zum Zeitpunkt, wenn der Planungsbericht zur Schulraumplanung da ist, die Diskussion weitergeführt werden soll. Hingegen muss sich der Gemeinderat bezüglich Kommunikation gegenüber den Anwohnern Gedanken machen. Um die Zustimmung und das Verständnis für solche Bauvorhaben zu erhalten, müssen die Informationsübermittlung und ein Diskurs mit den Betroffenen stattfinden. Die weiteren Fragen sind bereits an der Einwohnerratssitzung beantwortet worden und demzufolge hat die SP/JUSO-Fraktion nichts mehr beizufügen.

Laut Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, heisst es nicht, dass wenn man von Containern und nicht von mobilen Schulraumbauten spricht, den B+A nicht gelesen hat. In den B+A's wurde versprochen, dass man mit den mobilen Schulraumbauten Spitzen brechen wird. Dies hat der Einwohnerrat so entgegengenommen und dem zugestimmt. Es wurde von Judith Mathis-Wicko auf das BZR verwiesen, worin steht, dass für solche Sachen keine Grünflächen verloren gehen dürfen. Die Grünen/JG-Fraktion hat dem so zugestimmt. Kurz darauf konnte man lesen, dass die mobilen Schulraumbauten 30-40 Jahre stehen bleiben. Das sind keine Provisorien mehr. Dies wurde korrigiert, da es hiess, die Zeitung habe das falsch verstanden. Wenn man heute noch immer nicht sieht, wie lange diese Provisorien stehen bleiben, ist dieser Vorstoss mehr als gerechtfertigt. Die Grüne/JG-Fraktion möchte diese Provisorien für das Brechen der Spitzen benützen. Die FDP war gegen eine Zertifizierung, da man darüber sprach, dass die modularen Schulbauten den Standort wechseln und sie dann wieder frisch zertifiziert werden müssten. Auch damals hat man sich gefragt, wann die fixen Schulraumbauten kommen werden. Man weiss heute noch nicht, wann und wo die fixen Schulraumbauten hinkommen. Die Grüne/JG-Fraktion hat schon einmal den Vorschlag gebracht beim Roggern Schulhaus die Turnhalle aufzustocken. Bis jetzt hat man nur provisorische Schulraumbauten bewilligt. Die Grünen/JG-Fraktion ist nicht bereit und war auch nie bereit, Grünflächen aufzugeben.

Judith Luthiger-Senn möchte auf ein paar Sachen eingehen. Jedoch möchte sie die Schulraumplanungsdebatte nicht heute führen. Der Planungsbericht dazu wird an der nächsten Sitzung traktandiert. Dieser wird Antworten zu der Strategie von den Modulbauten wie auch zu der Strategie der Fixbauten geben. Auch wird zu den Freiflächen eine Aussage gemacht, welche der Einwohnerrat dann zur Kenntnis nehmen kann. Wie man aus der Interpellation sehen konnte, war es eine Zusammenarbeit aus dem Baudepartement und dem Bildungsdepartement. Das Baudepartement ist zuständig für die ganzen Machbarkeitsstudien und die Planung. Das Bildungsdepartement gilt als Besteller z.B. von Schulzimmern oder Kindergärten. Der Standort wird in erster Linie von den Baufachleuten evaluiert, geklärt und mit dem Bildungsdepartement abgesprochen. Die Kommunikation verlief unglücklich. Die Sprechende hat dem Journalisten der Zeitung mitgeteilt, dass dieser nicht mehr über die Container sprechen soll, denn diese sind vollwertige, module Schulbauten, welche klimatisiert sind und eine Lebensdauer von 30-40 Jahren haben. Der Journalist hat den Artikel abgedruckt ohne Gegenlesung von Judith Luthiger-Senn. Hätte sie diesen durchgelesen, hätte sie den Artikel korrigiert.

An diesem Artikel wurde dann viel aufgehängt, was die Sprechende auch versteht. In diesem Artikel stand nicht das, was der Gemeinderat versprochen hatte. Mit den Quartiervereinen muss man das nächste Mal früher Kontakt aufnehmen. Im Gemeinderat hat man nun genaue Regeln abgemacht, wie und wann man kommuniziert. Die Modulbauten sind Übergangslösungen. Beim Roggern-Areal gibt es Freiflächen, welche man in der weiteren Planung berücksichtigen. Der Gemeinderat kennt den BZR Artikel Nr. 7 und wird diesen auch berücksichtigen. Jedoch ist es so, dass man die Bereitstellung von neuem Schulraum braucht, bestehende Schulhäuser müssen saniert werden, der 2-Jahres Kindergarten muss eingeführt werden und Kriens hat ein ganz enges Finanzkorsett. Diese vier Dinge unter einen Hut zu bringen ist nicht einfach. Der Gemeinderat will mit seinen Finanzen behutsam umgehen. Bevor ein Fixbau gemacht wird und man Millionen von Franken ausgibt, muss mit den Übergangslösungen gearbeitet werden. Dies ist auch der Grund warum man die Bauten im Roggern und in der Kuonimatt so gebaut hat.

14. Bericht Postulat Berger: Businessplan für das Parkbad Kriens Nr. 182/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Rita Berger-Hug bedankt sich beim Gemeinderat für das Erstellen des ausführlichen Businessplanes. Die Abschreibungen, Verzinsungen und der Deckungsgrad entsprechen den kantonalen Vorschriften. Die Massnahmen zur Verbesserung des Deckungsgrades wirken sich hoffentlich bald positiv aus. Spannend ist, dass die Eintrittsgebühren im Verhältnis der Besoldungen sehr unterschiedliche Tendenzen aufweisen. In der Rechnung 2015 konnten 90 %, im Budget 2015 118 % und in der Rechnung 2014 nur 58 % der Besoldungen mit Eintrittsgebühren finanziert werden. Im Budget 2016 sollen es wieder 117 % sein. Wird im Budget zu optimistisch budgetiert? Die digitale Welt zu nutzen ist absolut zeitgemäss und sollte eine Vereinfachung an der Eingangskasse sowie beim Bezahlen von Konsumationen bieten. Für die Zukunft wäre eine Option, anstelle von einem bedienten Kassensystem, die Eintritte an einem Automaten zu lösen. Die Schwimmbeckenabdeckung gab immer wieder Grund zu Diskussionen. Warum wurde die Abdeckung installiert ohne vorgängig abzuklären, wie genau die Handhabung ist. Zudem scheint der Bedarf nur noch minim, es fliesst kein Wasser mehr ab und somit muss kein Kaltwasser mehr nachgefüllt werden. Die hohe Ausgabe von Fr. 250'000.00 scheint somit nicht gerechtfertigt und ist nutzlos. Die permanenten, jährlichen Neuerungen sollten dringend auf die Jugendlichen ausgerichtet sein. Sie sind die Gäste von morgen. Die Breittrutsche wird sehr vermisst. Beim Naturbecken ist der Zeitaufwand, für die tägliche Reinigung sehr zeitintensiv und ist so nicht erwartet worden. Auch hier scheinen zu wenig Abklärungen geführt worden zu sein. Das Parkbad soll kein Spielball politischer Interessen sein. Es liegt am Gemeinderat und an der Badi-Führung offen und klar zu kommunizieren. Hoffentlich ist das neue, attraktive Restaurant flexibler für Abendanlässe als bisher. Bis 22.00 Uhr muss die Nachbarschaft dies tolerieren. Beim Betriebsrat könnten Anregungen aufgenommen werden. Wird nun ein Betriebsrat geschaffen? Wie wird er sich zusammensetzen? Die Sprechende wünscht allen und ganz besonders den Beteiligten rund um die Badi einen prächtigen Sommer.

Gemäss Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist unter dem Titel „Businessplan für das Parkbad Kriens“, wie zu erwarten war, ein 17seitiger Werbeprospekt für das Schwimmbad entstanden. Säuberlich gegliedert, wie es ein Businessplan sein muss, sind Lobeshymnen

und Platituden aufgeführt worden. Der Sprechende weiss nun, wie super das Bad ist und dass die anfänglich schlechten Meldungen noch heute nachwirken. Auch weiss man, dass man alles in diesem Bad machen könnte, aber aus personellen oder finanziellen Gründen nicht macht. Dieser Bericht wird nicht im Sinne der Bestellerin sein. Denn was einen Businessplan ausmacht, sind die Formulierungen von konkreten, messbaren Zielen, unterlegt mit Zahlenmaterial, das eine Abschätzung der finanziellen Risiken oder Chancen ermöglicht. Auch lässt sich keine künftige Strategie für das Parkbad erkennen. Keine Bank würde aufgrund dieses Businessplanes Gelder sprechen. Summa summarum hat die FDP einen wunderbaren Prospekt erhalten, womit sie nichts anfangen kann.

Gemäss Patrick Koch ist die SVP-Fraktion erfreut, dass nun ein Businessplan vorliegt. Ob das neue Parkbad richtig aufgestellt ist, lässt sich wohl erst in einigen Jahren mit einem Benchmark-Vergleich mit vergleichbaren Bädern z.B. Mooshüsli belegen, wenn die Anfangseuphorie gewichen ist. Problematisch sind sicher die Fixkosten beim Personal. Mindestens 5 Mitarbeitende stehen auf der Lohnliste, ob es nun viele oder wenige Badebesucher hat. Die SVP-Fraktion unterstützt die Strategie des Gemeinderates mit den angepassten Öffnungszeiten. Sie stellte auch fest, dass sich das Badi-Publikum verändert hat. Aufgrund der fehlenden Attraktionen (z.B. Rutschbahn) bleiben die Jungen aus. Eine Generation richtet sich auf andere Bäder aus wie z.B. das Strandbad und Seebad in Horw. Ob diese Rechnung langfristig aufgeht, wird sich weisen. Die Öffnung des Bades im Winter ist für Kriens bestimmt ein Gewinn. Hierbei ist der Sprechende der Meinung, dass in der badefreien Zeit noch Besuchermagnete geschaffen werden sollten. Vielleicht könnte ein Wettbewerb gewinnbringende Ideen generieren. Das sanierte Restaurant wird als Highlight beschrieben. Der Sprechende hofft, dass die Badisaison 2016 nicht ins Wasser fällt und sich der Rekordsommer 2015 wiederholt.

Raphael Spörri von der SP/JUSO-Fraktion, fragt sich, wer diese Saison schon baden war. Nebst dem, dass das Wetter bis jetzt noch nicht zu einem Schwumm einlud, ist damit deutlich aufgezeigt, dass immer noch das Wetter bestimmt, wie viele Badegäste im Parkbad anzutreffen sind. Demnach sind logischerweise auch die Einnahmen grossen Schwankungen unterworfen. In Sachen Parkbad Finanzen konnte in der Vorbereitung zum heutigen Traktandum 4 in der Rechnung 2015 unter der Nummer 344.01.463.00 nachgelesen werden, dass die Gemeinde das Parkbad mit jährlich rund Fr. 950'000.00 unterstützt. Dies wurde dem Volk bei der Abstimmung über die Sanierung klar aufgezeigt und wurde ebenso klar von der Bevölkerung an der Urne gutgeheissen. Das ist Fakt und es ist endlich an der Zeit dieses Thema ruhen zu lassen. Weil der Sprechende nicht viel von solchen Geschäftsplanungen versteht, hat er sich im Internet bei Wikipedia über den Businessplan schlau gemacht. Er zwingt zu systematischer Vorgehensweise. Bei der Erstellung eines Geschäftsplanes ist der Verfasser gezwungen, alles logisch und mit System zu durchdenken, Wissenslücken werden sichtbar gemacht, Probleme werden erkennbar, Entscheidungen müssen getroffen werden und es müssen Alternativen überlegt werden. Der Businessplan hilft, andere vom geplanten Vorhaben zu überzeugen: Wenn jemand einen Geschäftsplan ausgearbeitet hat, kann man davon ausgehen, dass er sich gedanklich intensiv mit dem Vorhaben beschäftigt und die ernsthafte Absicht hat, das Vorhaben umzusetzen. Auch gibt der Businessplan einen Gesamtüberblick. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Annahme, dass die Betreiber des Parkbades sich alle diese Überlegungen auch gemacht haben und ist überzeugt, dass dem vorliegenden Businessplan nicht wirklich Neues zu entnehmen ist. Als Leitbild und Wegweiser liegt nun ein schriftliches Dokument vor. Nicht auf Grund des geforderten Businessplanes, sondern aus reinen Unternehmerischen Überlegungen wurden bereits vorher Anpassungen vorgenommen. Unter anderem neues Badi Restaurant, Optimierung des Unterhalts, Anpassung auf veränderte Besuchergruppen, erweiterte Freizeitangebote und eine Anpassung der Öffnungszeiten. Die SP/JUSO-Fraktion hofft nun, dass mit dem vorliegenden Businessplan, der wirklich als Leitfaden dienen soll, endlich Ruhe einkehrt. Auch hofft sie, dass die Möglichkeit das Parkbad in allen Jahreszeiten nüt-

zen zu können, als Mehrwert für die Gemeinde angesehen wird. Der Sprechende möchte, dass man die Nörgeleien sein lässt und sich über die kommenden lachenden Kindergesichter freut. Auch gegen Regen hilft schlussendlich kein Businessplan.

Gemäss Bruno Bienz, Grüne/JG-Fraktion, gilt das Parkbad Kriens als eines der schönsten Bäder der Region Luzern. So beginnt auch der geforderte Businessplan. Dieser Meinung sind auch die Grünen. Aber es allen Recht zu machen ist in diesem Bereich ein schwieriges oder auch ein unmögliches Unterfangen. Die Grüne/JG-Fraktion fragt sich, was wird jetzt besser mit dem Businessplan? Laut diesem wird ja viel gemacht und es sind auch einige Neuerungen geplant. Eigentlich ist dieser Businessplan völlig idiotisch. So wird die Strategie der Parkbades auf dem Silbertablett der Konkurrenz präsentiert. Ein wichtiger Faktor für eine Verbesserung der Finanzen ist sicher ein zeitgemässes Restaurant. Dies konnte jetzt endlich realisiert werden. Aber es sollten keine zu grossen Erwartungen geweckt werden. Der wichtigste Faktor ist und bleibt das Wetter. Ohne Sonne gibt es nur negative Zahlen mit oder ohne Businessplan. Gemäss der Grüne/JG-Fraktionen fehlen in diesem Businessplan mindestens zwei Punkte: Das Mobilitätskonzept und die soziale Bedeutung für Kriens. Die Parkplätze sind beschränkt und spielen deshalb eine wichtige Rolle. Es müsste klar sein, wieviel Kapazität mit den vorhandenen Ressourcen überhaupt möglich ist. Mehr Werbung, mehr Attraktionen bedeuten auch immer mehr Engpässe bei den Auto- und Veloparkplätzen. Auch ein paar Worte über die soziale Bedeutung wären angebracht gewesen. Immer mehr Menschen können sich im Sommer keine Ferien am Meer oder anderswo leisten. Für solche Krienser und Krienserinnen ist die Badi eine Ferienoase. Auch ist das Parkbad ein wichtiger Trainingsort für den Schwimmverein und andere Vereine. Jährlich neue Attraktionen ist ein hehres Ziel. Mit dem knappen finanziellen Handlungsspielraum sind diesen Attraktionen aber auch Grenzen gesetzt. Wie auch erwähnt, braucht es eine angemessene Rücksichtnahme für die Nachbarschaft. Es braucht nicht jedes Wochenende einen Event. Dies würde zudem auch mehr Personal bedeuten. Der Schaffung eines Betriebsrates steht die Grüne/JG-Fraktion etwas skeptisch gegenüber. Auch da gilt, Fachleute sind nicht gratis zu haben. Ein Briefkasten mit Anregungen, Reklamationen usw. könnte zu sehr viel Akzeptanz beitragen. Beim Vergleich der Eintrittspreise ist man in einen guten Schnitt. Ein bisschen Luft hat es noch bei den Jahresabo Erwachsene. Von der Grüne/JG-Fraktion ist man klar der Meinung, dass die Eintrittspreise sozial verträglich sein müssen. Eine Vergünstigung für Einheimische könnte man sich bei den Jahresabos vorstellen. Die Umsatzziele sind schön und gut aber bei Wetterabhängigkeit ein schwieriges Unterfangen. Eine Steigerung um 40 % in 5 Jahren ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Der Sprechende findet, dass man sich über ein tolles Parkbad freuen und die politischen Seitenhiebe lassen soll. Schlussendlich hat die Krienser Bevölkerung klar ja zu der Badi gesagt.

Davide Piras fragt Rita Berger-Hug, ob sie mit dem Businessplan zufrieden ist. Am 24. September als dieses Postulat überwiesen worden ist, hat der Sprechende darauf hingewiesen, dass es für ein laufendes Unternehmen keinen Businessplan braucht. Was man erhalten hat, ist ein Businessplan, was an der Oberfläche kratzt, aber nicht in die Tiefe geht. Wie man die Umsatzziele erreicht und welche Strategien man hat, sind nicht enthalten. Der grösste Einflussfaktor ist das Wetter und auf diesen kann man gar keinen Einfluss nehmen. Deshalb macht ein Businessplan absolut keinen Sinn.

Martin Heiz meint, dass man beim Parkbad bereits einmal auf die Mängel hingewiesen hat. Die Parkplatzkosten und das Parkplatzangebot sind auch Mängel. Der Sprechende kennt Personen welche 2-3 Stunden im Restaurant der Badi waren, haben Spiele gespielt und haben dort konsumiert. Heute sind diese Personen, welche in Kriens konsumiert haben in Sarnen in der Badi. Wenn man natürlich in einem anderen Parkbad für den Parkplatz Fr. 2.00 bezahlen muss und in Kriens Fr. 7.00 – Fr. 8.00, muss man sich schon überlegen, ob man im

Restaurant noch ein zweites Kaffee zu sich nehmen kann. Der Sprechende hatte auch einmal ein eigenes Geschäft und musste einen Businessplan erstellen für den Kredit der Bank. Was der Sprechende dort alles angeben musste, war gewaltig. Das Ziel des Businessplanes ist es, wie bekommt man bei der Bank einen Kredit. Mit diesem Businessplan des Parkbades wird man bei der Bank wahrscheinlich keinen Kredit erhalten. Dies ist eine Niederschreiben was man macht, aber keine Aussicht, wie man etwas zur Besserung ändern könnte.

Erich Tschümperlin findet auch, dass die Badi nicht weiter als Spielball für politische Interessen gebraucht werden soll. Ob es wirklich repräsentativ ist zu sagen, dass alle Gäste nun im Parkbad Sarnen sind, wagt der Sprechende zu bezweifeln. Dies ist rufschädigend, denn Kriens hat ein super Bad, welches die Bevölkerung wollte.

Laut Cyrrill Wiget wurde nun mal ein Businessplan vorgelegt. Der Einwohnerrat ist damit nicht zufrieden und er hat nicht viele Anregungen erhalten. Der Sprechende fragt sich nun, wo diese Anregungen sind. Hier wurden neue Ideen platziert, welche umgesetzt werden sollen. Der Gemeinderat hat nicht behauptet, dass er in diesem Parkbad alles richtig macht. Es ist nicht ganz einfach ein Bad zu führen. Wie Rita Berger-Hug gesagt hat, hat man im Rahmen der Umbauphasen ein Umsatzziel genannt, bei welchem man heute nicht ist. Dieses Budgetziel war höher als beim alten Bad, da man davon ausging, dass ein neues Bad einen zusätzlichen Umsatz bringt. Es gibt auch Ziele die man erreicht hat. Der Park kommt sehr gut an und ist sehr gut frequentiert. Nur bringt dies nicht 1:1 Geld. Es wurde auch eine SWOT-Analyse gemacht. Man hat auf die Chancen des Bades aufmerksam gemacht, aber auch auf die Schwächen. Letztes Jahr hat man um diese Zeit schon mehrere tausend Franken über Pfingsten eingenommen. Es ist aber auch eine Wetterabhängigkeit da. Es sind Massnahmen im Businessplan enthalten, es ist eine Strategie aufgezeigt und man hat auch aufgezeigt, dass man mit den Sportscard etwas erreichen möchte. Mit dem Umbau vom Restaurant und dem neuen Konzept hat man ebenfalls eine Massnahme präsentiert. Auch mit der neuen Nachbarschaft, hat man eine Belebung vom Bad, welche positiv sein wird. Es ist nicht fair, wenn man dieser Abteilung unterstellt, dass man sich nicht Gedanken gemacht hat. Die Attraktivität hat sich verschoben und man kann sich Gedanken machen, wie man Jugendliche zurückholen kann. Der Gemeinderat nimmt gerne weitere Anregungen zum Parkbad entgegen. Der Betriebsrat sollte zu testzwecken eingesetzt werden. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass man mit diesem Businessplan etwas erarbeitet hat, was Sinn ergibt und als Wegweiser dient.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

15. Bericht Postulat Kaufmann: Sponsoring Partner für das Schappe Süd zum Zweiten **Nr. 184/15**

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wird Kriens mit der neuen Zentrumsüberbauung attraktiver. Die Schappe Süd ist ein wichtiges Puzzleteil davon. Im September 2012 wurde das erste Postulat Kaufmann, Nr. 003/2012 einstimmig überwiesen. Die Eingabe erfolgte, da unterschiedliche politische Gruppierungen sich gegen das Schappe Süd und dessen Kosten richteten. Mit

Planungsbericht Nr. 039/2013 galt das Postulat als erledigt. Begründet wurde im Bericht, dass der Gemeinderat zwar die Idee unterstützungswürdig findet, er allerdings der Meinung ist, dass eine erfolgreiche Sponsoring-Akquisition erst nach einer erfolgreichen Volksabstimmung erfolgen soll. Am 24. September 2015 wurde das Postulat Sponsoring Partner für die Schappe Süd zum Zweiten ohne Opposition überwiesen. Mit diesem Postulat sollte nun eine Art Schranke aufgezeigt werden, da die Nutzerkommission sich über die Auswahl der einzelnen technischen und mobiliaren Einrichtungen diskutiert. Denn die Wünsche und Forderungen, welche aus der Kommission gestellt werden, klaffen mit den finanziellen gegebenen Mitteln weit auseinander. Für die Gemeinde Kriens ist es jedoch wichtig, dass der finanzielle Rahmen eingehalten werden kann. Damit dennoch eine positive Umsetzung einer modernen Infrastruktur im Schappe Süd ausgeführt werden kann, sollte die finanztechnische Situation optimiert werden. Im jetzigen vorliegenden Bericht des Postulats wird aufgezeigt, was bereits angepackt bzw. angedacht wird. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Blasmusikvereine ihre genutzten Infrastrukturen selber beschaffen, wie z.B. Akustikvorhänge, Audio- u. Videoanlagen, separate Schränke etc. und das wahrscheinlich über Sponsoring. Das ist lobenswert. Stutzig macht jedoch die Rechnung 2015. Dort ist auf Seite 30 ein Zusatzkredit für die Schappe Süd von Fr. 623'000.00. Für welche Investitionen ist der Betrag gedacht? Hat der Gemeinderat die Kosten im Griff? Zusätzliche Wünsche der Infrastruktur sollten und könnten mit Sponsoring Beiträgen abgedeckt werden. Dieses Vorgehen wird ausserhalb von Kriens oft und erfolgreich ausgeführt. Es gibt gute Beispiele dafür. Die Sprechende ist mit der Umsetzung der Postulate noch nicht zufrieden. Denn trotz zweimaligen Einreichens der Postulate sind weit und breit keine Sponsoren in Sicht.

Räto Camenisch von der SVP-Fraktion möchte mit einem lateinischen Satz anfangen: Mons peperit mus. Das heisst so viel wie: Der Berg hat eine Maus geboren. Der Berg ist die starke Postulantin. Die Postulantin sieht voraus wie es kommt, das sind die zwei Mäuse welche der Berg geboren hat. Eines sind die verkauften Stühle vom Skala und das andere sind die Fr. 5'000.00 welche geschenkt wurden. Die SVP-Fraktion war nie begeistert von diesem Projekt. Der Sprechende hat die schlimmsten Befürchtungen. Was hat man für eine Organisationsstruktur, wenn das Ganze dann läuft. Wie hat man sich die Finanzierung von diesem Betrieb vorgestellt und welche Rollen spielen die Sponsoren? Im Grunde genommen müsste man dies in eine Eventstruktur einbauen.

Gemäss Daniel Rösch nimmt die FDP-Fraktion den Bericht zum Postulat zur Kenntnis. Es ist erfreulich, dass schon Gedanken zu Einnahmen und Sponsoring gemacht wurden. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass diese zum heutigen Zeitpunkt noch nicht allzu detailliert ausfallen. Erfreulich ist auch die aktive Einbindung der Vereine. Dies stärkt und fördert die Akzeptanz für die Schappe Süd zusätzlich.

Laut Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, fordert die Postulantin in ihrem Vorstoss vom Gemeinderat Massnahmen zu ergreifen um zusätzliche Einnahmen durch Sponsorings zu generieren. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, hat der Gemeinderat bereits durch den Verkauf von Mobiliar und Einrichtungen des Pilatussaals und Scala einen Betrag von Fr. 4'120.00 eingenommen. Der Grossteil des Inventars wird jedoch zwischengelagert und nach der Inbetriebnahme des Schappe Süd wieder eingesetzt. Der Gemeinderat und das Baudepartement sind nun mit der Entwicklung des Projektes intensiv beschäftigt, damit das Projekt termingerecht gestartet werden kann. Für die Ausarbeitung des Betriebs- und Nutzungskonzepts hat der Gemeinderat eine Nutzerkommission eingesetzt. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass diese Nutzerkommission, sowie die drei Nutzervereine sich aktiv um Sponsoring- und Gönnerbeiträge für die nutzerspezifische Ausstattung zuständig sind. Dass der Gemeinderat nun aktiv auf Sponsoringsuche gehen muss, hält sie nicht für den

richtigen Weg. Was aus dem Vorstoss verständlich zu entnehmen ist, dass der Gemeinderat Sponsoring-Partnerschaften abschliessen soll, um finanzielle Mittel oder Ausstattungsequipments zu beschaffen. Was genau will die Postulantin mit ihren zwei genannten Beispielen Swisslife-Arena und Swissporarena sagen? Im Falle der Swiss Life Arena wurde mit der Versicherung ein 10-jähriger Partnerschaftsvertrag abgeschlossen. Wesentlicher Gegenstand dieses Vertrages ist eine Marketing-Zusammenarbeit, sprich das Namensrecht ist verkauft worden. Dasselbe gilt auch für die Swissporarena. Möchte die Postulantin und ihre Fraktion denn das Namensrecht für das Schappe-Süd Gebäude verkaufen, sofern das überhaupt möglich wäre? Oder warum sollen gerade diese zwei genannten Referenzen gute Beispiel für eine positive Zusammenarbeit sein? Nebst der Tatsache, dass die zwei erwähnten Beispiele sonst wenig mit dem Schappe-Süd zu tun haben, welche eine gemeindeeigene Infrastruktur ist. Wenn die Postulantin tatsächlich einen Verkauf der Namensrechte in Betracht zieht, wird sich die SP/JUSO-Fraktion sicherlich dagegen wehren, da dieses Vorhaben identitätsschädigend wäre.

Christine Kaufmann-Wolf möchte nicht die Namensrechte verkaufen, somit wird es kein Schappe-Ragusa oder Schappe-Ovomaltine geben. Bei ihrem letzten Arbeitgeber hat die Sprechende etliche Sponsorings gemacht. Zum Beispiel sponserte diese Unternehmung auf mehreren Schweizer Seen etliche Ruderboote von Ruderclubs, die Brüniglokomotive, einen VBL-Bus, Theatervorstellungen etc. Es gibt auch andere sehr gute Beispiele: SAC Monte Rosa Hütte, Mietvelos von der Migros und Barclay, Vita-Parcours der Zürich-Versicherung, Feuerstellen der Schweizer Familie, Kambly-Bähnli auf die Marbacheregg, Open-Air-Kinos etc. Die Schappe Süd ist/wird eine einzigartige Perle. Dieses Produkt ist interessant für ein Sponsoring. Sponsoring ist aber Knochenarbeit. Der Gemeinderat hat keine Ressourcen dafür. Wie bereits erwähnt soll er dies delegieren. Mit Sponsoring können die Kosten und die Erfüllung von Einrichtungswünschen finanziell abgedeckt werden. Denn der Zusatzkredit von rund Fr. 650'000.00 schreckt auf und macht der Sprechenden Sorgen. Der gesamte Gemeinderat trägt die Verantwortung, dass schlussendlich die Kosten eingehalten werden. Der Gemeinderat muss spätestens bei der Bauabrechnung Rechenschaft abgeben.

Matthias Senn bedauert dass Christine Kaufmann-Wolf nicht mehr kandidiert hat. Der einzige Vorteil ist, dass es keinen weiteren Vorstoss zum Schappe Süd geben wird. Der Sprechende erwähnt, dass die Nutzerkommission im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet hat. Es stand das Bauprojekt im Mittelpunkt, welches öffentlich aufgelegt wurde. Die Beschwerdefrist ist jetzt abgelaufen. Bisher kam keine Beschwerde rein, was heisst, mit dem Bau kann bald gestartet werden. Die Nutzerkommission ist momentan dabei, mit dem Gemeinderat und mit der Abteilung Liegenschaften/Bau, ein Betriebs-/Nutzungskonzept zu erarbeiten. Es wird ein super Haus geben. Damit kann man eventuell auch Begeisterung auslösen und ein Sponsoring akquirieren.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

16. Bericht Postulat Takacs: Langfristige Sicherung der Wasserversorgung in Kriens

Nr. 191/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Beantwortung Interpellation Portmann: Eingeschleppte Krankheiten durch Asylbewerber und Flüchtlinge **Nr. 201/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Beantwortung Interpellation Kaufmann: Gemeinderisiken im Griff **Nr. 221/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Motion Piras: Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht politisch mitreden **Nr. 233/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Spörri: Quartierstrukturen stärken **Nr. 234/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Verabschiedung

Thomas Lammer bittet Katja Staub zu sich nach vorne. Der Sprechende dachte nicht, dass er heute noch jemanden verabschieden muss. Katja Staub zieht von Kriens weg und tritt deshalb vom Einwohnerrat zurück. Sie tritt am 1. Januar 2013 als Nachfolgerin von Michael Günter in den Einwohnerrat ein. Sie war also etwas mehr als 2 Jahre im Einwohnerrat. Thomas Lammer bedankt sich und wünscht Katja Staub alles Gute. Es wird ihr ein Gutschein der Rebbaugenossenschaft Sonnenberg überreicht.

Katja Staub meint, dass sie ganz unerwartet wegzieht. Aufgrunddessen konnte sie ihre Kandidatur nicht mehr zurückziehen. Sie durfte während ihrer Zeit im Einwohnerrat feststellen, dass über 40 Personen hier im Saal, die sich engagiert und initiativ für die Gemeinde Kriens einsetzen. Die Bürger von Kriens dürfen sich freuen einen solch tollen Einwohner- und Gemeinderat zu haben und bedankt sich für den Austausch und all jenes was sie lernen durfte. Speziell möchte sie der SVP-Fraktion für ihr Vertrauen und die Entfaltungsmöglichkeit bedanken. In dieser Fraktion sind alles Männer, die eine lange Lebenserfahrung haben. Sie haben eine Grösse und eine Weite, die ihr imponiert. Sie haben ein grosses Wissen und schauen weit voraus und doch sind sie offen und lernfähig. Die Sprechende durfte viel profitieren und schätzt das sehr. Weiter möchte sie auch ihren FGK-Kollegen für die lebhaft und interessante Zusammenarbeit danken. Sie wünscht allen viel fröhliches und spannendes und hofft, den einen oder anderen wieder zu sehen.

Schluss

Thomas Lammer bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 30. Juni 2016 und wird ganztägig stattfinden.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 19:10 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Thomas Lammer

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Rea Eggenberger